Nr. 314

12. Januar 1995

ALLES WIRD GUT

INTERIM

Wochentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

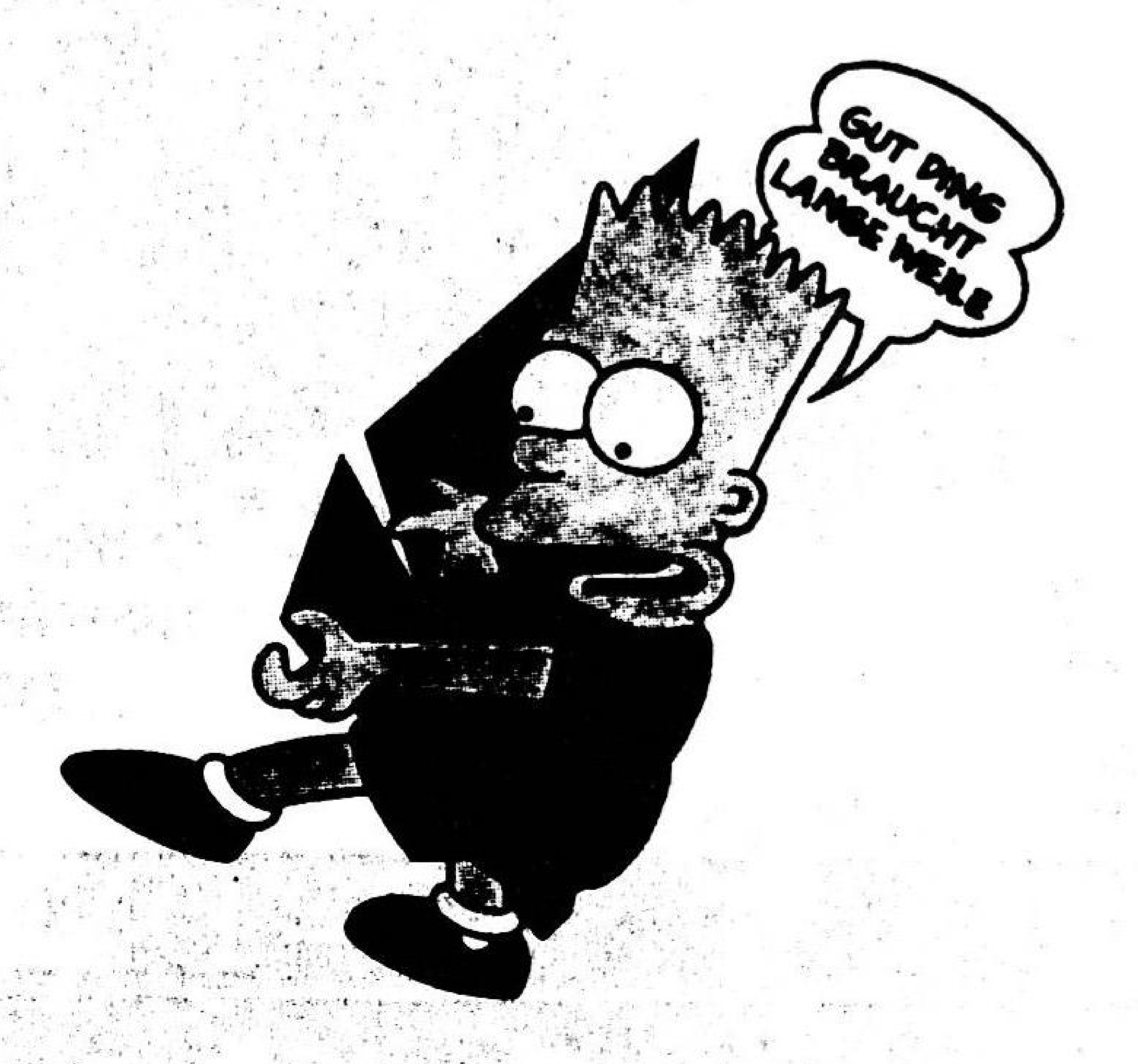
2,50 DM

Alles wird gut - auf ein Neues liebe LeserInnen!

Vorweg möchten wir uns mit ein paar Worten zu den Antideutschen Texten in den letzten Nummern äußern. - Wie wir denken wurden die Vorstellungen der Bomber-Harris Fans in ausreichendem Maße in diesem Heft dokumentiert. Solange in den Antinationalismus-Texten keine grundsätzlich neuen Aspekte auftauchen, wollen wir ihnen nicht mehr diesen Raum geben.
Unser Eindruck ist, daß in diesen Beiträgen eine deutsche Volksgemeinschaft geschaffen wird, wie sie - glücklicherweise noch - nicht (ganz) besteht. Dieses Deutschsein wird als eine quasi-naturhafte und unveränderbare(?) Kategorie eingeführt, und dieser ethnische Diskurs gegenüber anderen Konflikten in den Vordergrund gestellt. - Neue Nebenwidersprüche lassen grüßen.- Überhaupt macht eure bewußte Polarisierung große Abschnitte von emanzipatorischer Geschichte unsichtbar und ungeschehen; vom Antifaschistischen Kampf bis zu heutigen Auseinandersetzungen. Dafür ist uns aber kaum noch nachvollziehbar, wie ihr den (West)-Alliierten applaudiert, die nicht die Massenvernichtung zu verhindern versucht haben (,indem sie die Zufahrtswege bombardiert hätten), die kurz davor waren den Krieg gegen die SU weiterzuführen, etc. pp. . - Wir können eure Auffaßungen einfach nicht teilen. Darüberhinaus wird kaum deutlich, wie eurer Meinung nach eine politische oder soziale Veränderung für hier denkbar wäre. - Soweit also.
Ansonsten hat uns bei unserer ersten Nummer für dieses Jahr der Papierberg überrollt. Aus diesem Grund sind einige Texte weder im Heft, noch im Ordner zu finden. Aus Platzgründen, landeten der umfangreiche Pressespiegel zur Aktion gegen die Junge Freiheit und der sehr interessante Text "Antisemitismus in der Linken" im Ordner. (Späteren Abdruck behalten wir uns vor.) - Am 7.1. wurde das Hüttendorf Anatopia geräumt. Anscheinend soll deswegen am Wochenende eine Demo in Hannover stattfinden. Leider stand auf dem Aufruf kein Termin. (Infotelefon: 0441/14402)

Inhalt:

Ordner:



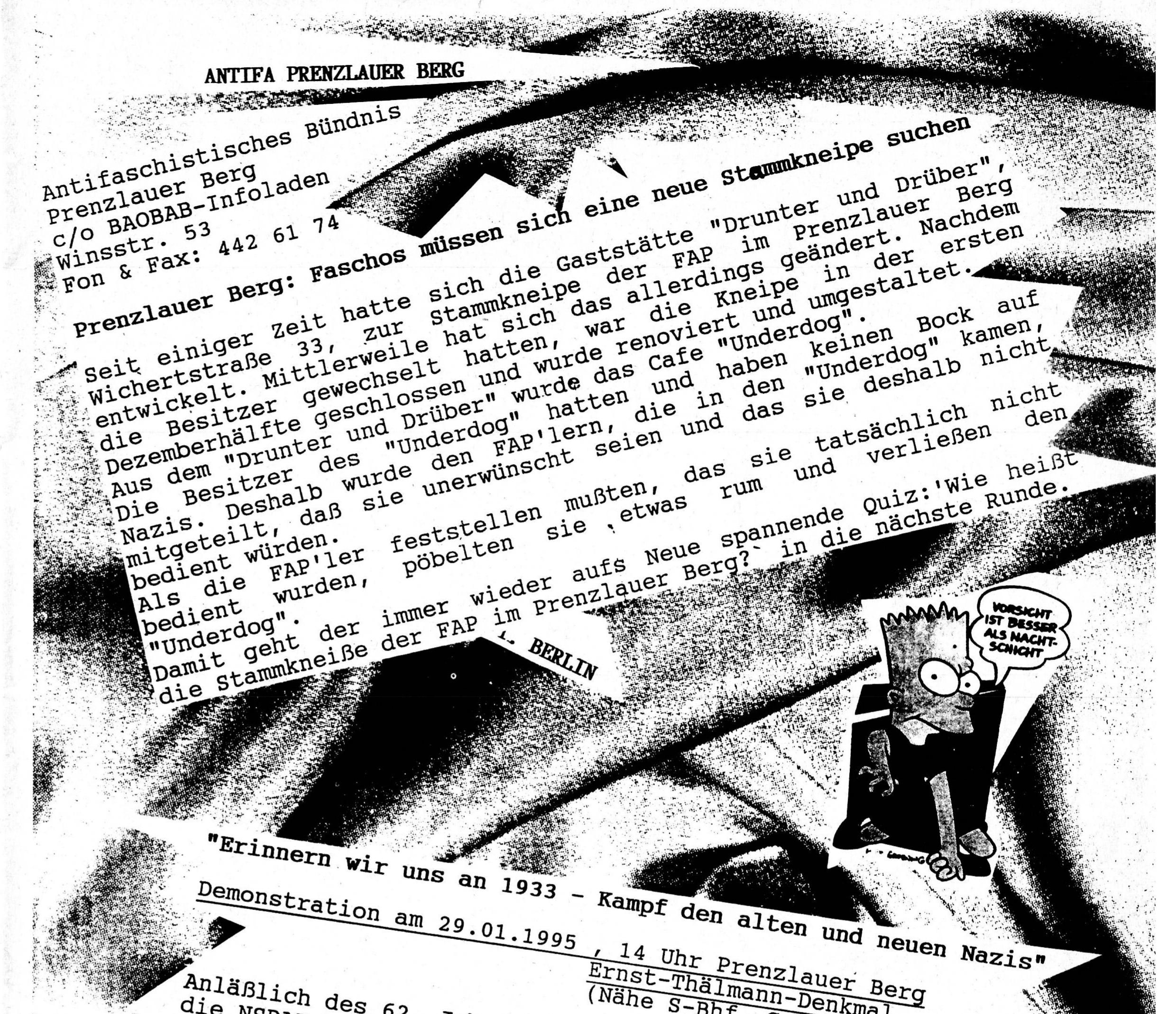
Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



ANTIFA PRENZLAUER BERG

Antifaschistisches Bündnis
Prenzlauer Berg
c/o BAOBAB-Infoladen
Winsstr. 53
Fon & Fax: 442 61 74

Prenzlauer Berg: Faschos müssen sich eine neue Stammkneipe suchen

Seit einiger Zeit hatte sich die Gaststätte "Drunter und Drüber", Wichertstraße 33, zur Stammkneipe der FAP im Prenzlauer Berg entwickelt. Mittlerweile hat sich das allerdings geändert. Nachdem die Besitzer gewechselt hatten, war die Kneipe in der ersten Dezemberhälfte geschlossen und wurde renoviert und umgestaltet. Aus dem "Drunter und Drüber" wurde das Cafe "Underdog".

Die Besitzer des "Underdog" hatten und haben keinen Bock auf Nazis. Deshalb wurde den FAP'lern, die in den "Underdog" kamen, mitgeteilt, daß sie unerwünscht seien und das sie deshalb nicht bedient würden.

Als die FAP'ler feststellen mußten, das sie tatsächlich nicht bedient wurden, pöbelten sie etwas rum und verließen den "Underdog".

Damit geht der immer wieder aufs Neue spannende Quiz:'Wie heißt die Stammkneiße der FAP im Prenzlauer Berg?` in die nächste Runde.

BERLIN

"Erinnern wir uns an 1933 - Kampf den alten und neuen Nazis"

Demonstration am 29.01.1995 , 14 Uhr Prenzlauer Berg
Ernst-Thälmann-Denkmal
(Nähe S-Bhf. Greifswalder Str.)

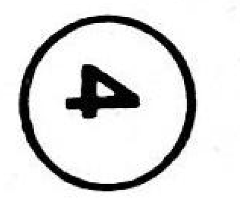
Anläßlich des 62. Jahrestages der Machtübertragung an Hitler und die NSDAP bereitet ein Bündnis Berliner antifaschistischer Gruppen eine Demonstration unter diesem Motto vor.

Im Gedenken an die verbrecherische Vergangenheit des nationalsozialistischen Deutschland ist es auch Ziel der Demonstration, auf die starke Präsenz und die Aktivitäten der faschistischen FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) aufmerksam zu machen und gegen sie vorzugehen.

Nach dem Fall der Mauer gelang es der FAP, in mehreren Bezirken Ost-Berlins Fuß zu fassen, eine ihrer aktivsten Gruppen befindet sich im Prenzlauer Berg.

Wir wollen ermutigen, die Aktivitäten und den organisierten Terror faschistischer Parteien nicht widerspruchslos hinzunehmen, sondern sich gemeinsam dagegen zu wehren.

Kontakt: Antifaschistisches Bündnis Prenzlauer Berg
c/o BAOBAB-Infoladen, Winsstr. 53, 10405 Berlin
Tel.+ Fax 442 61 74



rassistInnen entlarven diskriminierende gesetzte kippen demo gegen das sachleistungsprinzip für flüchtlinge

Seit dem 01.11.1994 ist der Runderlaß über das Asylbewerberleistungsgesetz auch in Frankfurt in Kraft getreten. Für die hier lebenden Flüchtlinge bedeutend das eine drastische Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, da sie jetzt anstelle von Sozialhilfe nur noch Sachleistungen im wert von 295,00 DM und ein Taschengeld von 140 DM zum Leben erhalten. In Frankfurt dürfen sie nur noch im überteuerten allkauf mit ihren Kontoblättern die Sachleistungen beziehen - eine Situation, die sie in ihrer Freiheit erheblich einschränkt und (nicht zuletzt durch die gesonderte Kasse für SachleistungsempfängerInnen) noch sehr diskriminiert. Den Flüchtlingen sind dadurch Mittel gestohlen, die sie dringend brauchen um sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen, sich national spezifisch ernähren, die Anwaltskosten im laufenden Asylverfahren, bezahlen zu können etc.

Das Sachleistungsprinzip ist offensichtlich rassistisch und reiht sich in eine Kette des Demokratie- und Sozialabbaus ein - eine Kette, die die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher werden läßt.
Das dies Integration von Flüchtlingen ist, wie Frau Ministerin Hildebrand im Zusammenhang mit der Verteidigung ihrer diskriminierenden Machenschaften meinte, davon kann keine Rede mehr sein.

Do 26.01.1995 14.00 Uhr

Bahnhof Frankfurt (Oder)

Marsch zum Rathaus, in dem um 15.00 Uhr eine Stadtverordnetensitzung zum Thema beginnt.

Organisiert von:

Umweltbibliothek
Initiativgruppe gegen Rassismus
Verein „Carpe Diem“
Antifaschistische Aktion Frankfurt (Oder)

VOLXSPORT OLDENBURG

SEIT JAHREN NERVT DIE NWZ - JETZT NERVEN WIR ZURÜCK !!!

Die NWZ ist die Tageszeitung von Oldenburg und der Weser-Ems-Region.
Sie hat in der Region eine Monopolstellung inne. Da sie neben der BILD die auflagenstärkste Zeitung ist, hat sie die Macht, ihre LeserInnen falsch zu informieren und zu manipulieren.
Trotzdem ist sie eine ganz normale Zeitung, aber was normal ist, bestimmen die HERRschenden in diesem Land und überall.
So ist es normal, daß KurdInnen kriminalisiert und als SchutzgelderpresserInnen oder MörderInnen an abtrünnigen GenossInnen in der NWZ diffamiert werden, damit u.a. die Waffenlieferungen an die Türkei ungehindert fortgesetzt werden können.
So ist es normal, daß aus über 3000 DemonstrantInnen gegen den EU-Gipfel in Essen, gegen eine Festung Europa mit deutscher Vormachtstellung, in der NWZ "zwei Dutzend Grüppchen von links-alternativ bis links-radikal, die den Euro-Gipfel mißbrauchen wollen" werden, und die über 1000 Festnahmen - die größte Massenverhaftung der Nachkriegsgeschichte - mal wieder einfach ignoriert werden.
So ist es normal, daß der Angriff auf die faschistische "Junge Freiheit" in der NWZ als Angriff auf die Pressefreiheit bejammert und die "Junge Freiheit" selbst als "rechtskonservativ" dargestellt wird.
Die NWZ ignoriert oder verfälscht jede Form von linker Politik und Widerstand und verkauft sich dabei als unabhängige und überparteiliche Presse.
Auf der anderen Seite können die Bullen, die Justiz und die Stadtverwaltung jederzeit mit guter Zusammenarbeit rechnen. NWZ-Journalisten werden von den Bullen vor Aktionen informiert und sind damit auch oft die einzigen Pressevertreter vor Ort, wodurch ihre Monopolstellung weiter gefestigt wird.
Wir finden das alles nicht normal, deshalb haben wir in der Nacht vom 25. auf den 26.12.94 ein Auslieferungsfahrzeug der NWZ angekokelt.

Glaubt den Lügen der HERRschenden nicht!
Gegen die alltägliche Medienhetze!
Gegen die Kriminalisierung linker Medien!
Feuer und Flamme für jeden Staat un jede Form von HERRschaft!
Widerstand auf allen Ebenen!

Mit revolutionären Grüßen

Die Scheinheiligen

Demonstrationen am 9.11.94

Nach der Entschuldigung der AIM gegenüber der Gruppe Landesverrat in der Interim 313 bin ich doch neugierig geworden, was diese Gruppe denn der AIM vorgeworfen hatte. Nun, nachdem ich auch die Kritik der "lieben LandesverräterInnen" (Interim 310) gelesen habe, will ich, als Schreiber des geschmähten Redebeitrags der Brückenini, Stellung beziehen und möchte zudem ein paar Fragen stellen.

Schon lange vor dem 9.11. (seit Mitte September) hatten wir, die Brückenini, versucht Kontakt zu den OrganisatorInnen der traditionellen Antifademo herzustellen. Obwohl wir der Meinung waren, daß wir reichlich Signale ausgesandt hatten um ein frühzeitiges Treffen zu erreichen, kam es leider erst zweieinhalb Wochen vor dem 9.11. zustande und verlief dann wenig konstruktiv . Beide Seiten bestanden auf "ihren" Termin, zu einer inhaltliche Debatte kam es bedauerlicherweise nicht mehr. Es ist daraufhin vereinbart worden, daß jede vorbereitende Gruppe einen Redebeitrag für die jeweils andere Demo schreibt. Unser Beitrag wurde am Mittag nach der erfolgreich gestörten Eröffnungsshow auf der Oberbaumbrücke geschrieben, umso denjenigen, die wegen der Moabiter Demo nicht in Kreuzberg waren, über die Ereignisse vomVormittag zu informieren.Der Beitrag der AIM wurde von uns während der Demo und auf der Abschlußkundgebung mehrfach verlesen.

Schon in unseren Aufrufen zum Aktionstag 9.11. an der Oberbaumbrücke haben wir auf die Moabiter Demo hingewiesen. In dem fraglichen Redebeitrag (also dem, der auf der Moabiter Demo vorgelesen wurde) haben wir was zum Bestreben des Senats gesagt, der mit solchen Feierlichkeiten wie der Brückeneröffnung, versucht diesen Tag historisch zu entsorgen. Im Redebeitrag folgte dann eine kurze Beschreibung dessen was am Morgen passiert war, dann habe ich versucht eine Gemeinsamkeit beider Demos herzustellen. Der Kampf gegen den zunehmenden Verkehrsterror ist auch ein Kampf gegen faschistische Tendenzen. Ich zitiere hierzu aus unserem Demoaufruf:

Der alltägliche Wahnsinn auf den Straßen, die schon nicht mehr nur noch schleichende Veränderung der Stadt hin zum Regierungssitz und zur überteuerten Metropole ist schon allzusehr Normalzustand geworden. Tagtäglich müssen alle, die hier wohnen, Verschlechterungen der Lebensbedingungen hinnehmen. Wachsende Mieten und steigende Fahrpreise werden aber in den allermeisten Fällen klaglos geschluckt. Fast alle Menschen schauen nur noch, daß sie mit heiler Haut davonkommen. Der Kampf auf der Straße um jeden Meter ist nur ***ein*** *Ausdruck davon.*

Diese von oben betriebene Politik "JedeR gegen JedeN" trägt mit dazu bei, daß sich faschistische Gedanken in den Köpfen festsetzen und sich auch in menschenfeindlichen Aktionen äußern.

Anläßlich einer Autobahneinweihung in den dreißiger Jahren sagte Hitler:"Das Automobil und mein Name sind untrennbar miteinander verbunden." Nicht unwesentlich durch das Bauen und Propagieren der Autobahnen, also des individuellen Verkehrssystems, ist der deutsche Faschismus von der Bevölkerung angenommen worden. Zudem ist der Bau der ersten Volkswagenreihe ein Projekt des deutschen Faschismus gewesen.Soweit und so kurz zu den Hintergründen des angeblich unpassenden Redebeitrags.

Seit über einem Jahr haben wir immer wieder versucht eine Diskussion über autonome Verkehrspolitik in Gang zu bringen. Unsere Aufrufe in der Interim, sich an dieser Diskussion zu beteiligen, blieben immer wieder ohne Reaktion.Nun, anläßlich dieser gleichzeitig stattfindenden Demonstrationen, wird eine Kritik an unserer Arbeit öffentlich. Dies geshieht nicht in klarer Formulierung, eher nebenbei und hinterhältig.

Ich frage nun die Gruppe Landesverrat: Habt ihr unseren Redebeitrag überhaupt angehört?

Warum seid ihr darüber, daß er gehalten wurde "einigermaßen entsetzt"?

Was sind eure Gründe dafür, zu behaupten, daß die Demo gegen die Eröffnung der Oberbaumbrücke gleichzusetzen ist mit der Beteiligung am kapitalistischen Warenverkehr? Ihr stellt diesen Vergleich mit folgenden Worten her:"...daß heute auch eingekauft wurde, und ob deshalb auch ein Beitrag der EinkäuferInnen gehalten würde..."

An die AIM habe ich folgende Fragen:

Wieso benutzt ihr unseren Redebeitrag als "Bauernopfer" gegenüber der Gruppe Landesverrat?

Wo habt ihr gelesen oder gehört, daß am 9. November "mit fortschrittlicher Verkehrspolitik an der Oberbaumbrücke Antisemitismus bekämpft werden sollte"?

Wieso meint ihr, daß die Berliner Linken, als TeinehmerInnen an der Demonstration gegen die Eröffnung der Oberbaumbrücke am 9.11., die Bedeutung des Antisemitismus nicht erkannt haben?

Gibt es in eurem Kopf, und das frage ich auch die Gruppe Landesverrat, eine Rangfolge der Bereiche, in denen Widerstand gegen die politischen Verhältnisse geleistet wird, und wenn ja, warum?

Zum Schluß. Ich fand es gut, daß am 9.11.94 weit über dreitausend Menschen auf der Straße gegen die herrschende Politik demonstriert haben. Daß diese Menschen auf zwei verschiedenen Demonstrationen waren, ist erstmal als Entscheidung der TeinehmerInnen zu akzeptieren. Des weiteren macht es deutlich, daß Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse nicht nur auf einen Punkt festgelegt werden kann. Wenn es Kritik von euch am Kampf gegen den Verkehrsterror gibt, dann erwarten wir, daß ihr sie direkt und nicht in Form von Seitenhieben äußert.

Adromos

Bericht vom "Kiezradeln gegen Nazi-Zeitungen" am 26.11.94

Das fängt ja heiter an...es ist schon 10 Uhr und wir sind bis jetzt nur 3 Leute;dafür aber jede Menge Grün! - Wir stehen etwas verloren da...mitten auf dem Leopoldplatz.Um uns herum Markt und laute Schlagermusik.-
Nach und nach werden wir aber geoutet:"Ja,hier soll wirklich die Demo losgehen!" - Zwischendurch stellt sich der Demo-Einsatzleiter vor;will alle mit Handschlag begrüßen...und wann es denn los geht.Tja,das wissen wir selbst noch nicht.Wir sollen 5 Minuten vorher Bescheid geben,damit er die Straßen absperren läßt. - Inzwischen wird "unsere" Flüstertüte angeliefert.Sie funktioniert aber nicht."Sch...!" Schnell zu Karstadt rein,neue Batterien geholt...Immernoch nicht!Mensch,wie sollen wir nur unsere Redebeiträge halten?Etwa die Bullen fragen,ob sie uns ihr Megaphon borgen???Nein,das wäre ja echt das letzte.Weiterrumprobieren...endlich...die Batterien waren alle falsch rum drin!? - Der Redebeitrag wird gehalten,einige Flugis verteilt und aufgefordert,sich dem Kiezradeln anzuschließen...
Der Aufruf war nicht so erfolgreich,denn es bleibt bei knapp 20 Leuten,davon 2 von der Presse(hat ja auch nicht jede/r spontan ein Rad dabei,oder?).
"Unser" Einsatzleiter informiert uns noch darüber,daß er bei sowenig Leuten nicht alles absperren läßt und wir uns deshalb an die Straßenverkehrsordnung halten sollen...nun ja...Es geht los...zur 1.Station:die Müllerhalle.- Dort angekommen werden wir auch gleich begrüßt...vom Bezirksbürgermeister höchstpersönlich und schon wieder mit Handschlag:Die SPD demonstriert Bürger/innennähe,macht gerade dort einen Stand und betont,daß sie unsere Aktion voll unterstützt.- Wir lassen uns davon nicht aus der Fassung bringen,rollen die Transparente aus,verteilen Flugis,halten wieder unseren Redebeitrag(bedauern es langsam,daß wir nur einen haben) und versuchen unsererseits mit den Bürger/innen ins Gespräch zu kommen.
Nach einer guten halben Stunde geht´s zur 2.Station:Utrechter/Malplaquetstr.
Wie auf dem Präsentierteller liegen dort im Schaufenster die "Junge Freiheit", die "Deutsche National-Zeitung" und die "Deutsche Wochen-Zeitung"!
Herrn Bartsch,dem Besitzer des Zeitungsladen,scheint unsere Demonstration überhaupt nicht zu gefallen...oder lag es daran,daß einige Passanten/innen nach Gesprächen und Lesen des Flugblattes spontan in den Laden gingen,um Herrn Bartsch ihre Meinung zu seinem Zeitungsangebot kundzutun? - Oder lag es daran,daß gerade an dieser Stelle die türkisch geschriebenen Flugis reißenden Absatz fanden? - Wie dem auch sei...Herr Bartsch stürmte sichtlich erregt aus seinem Laden und forderte die Auflösung der Demo von "unserem" Einsatzleiter.Als dieser dies mit dem Hinweis einer "legalen Demonstration" ablehnte,drohte er mit einer Anzeige.(Inzwischen läuft deshalb auch ein Ermittlungsverfahren gegen den "Redebeitraghalter" wg. Beleidigung)
Neben der großen Resonanz(viele guckten und hörten auch von den Fenstern und Balkonen zu)war noch erfreulich,daß es immernoch nicht regnete,obwohl es den ganzen Tag schon so aussah.- Also,das Glück nicht überstrapazieren... auf zur nächsten und letzten Station:Fa.Reichelt,Müllerstr.10-11,gegenüber von Schering.
Dazwischen sollte ein "Boxenstop" im Zeitungsladen Antonstr.43 sein.Dieser Zeitungsladen hat neben Zeitungen auch Kaffee und Kuchen...und vor allen Dingen den "Gelben Punkt" an der Eingangstür:"Wir verkaufen keine Nazi-Zeitungen". - Aus Solidarität mit dem Besitzer sollte deshalb hier kurz angehalten und eingekauft werden.Aber was passierte...? Wir durften nicht einen Kaffee bezahlen und alle draußen wartenden Demoteilnehmer/innen wurden noch extra eingeladen,doch bitte reinzukommen...!!! - Eine ganz tolle und herzliche Geste. - Entsprechend gut gelaunt ging dann die Demo weiter...zur Müllerstr.10-11.Dort hat Reichelt einen Kiosk verpachtet,der die "Junge Freiheit" verkauft. - Wir dürfen nicht auf den Parkplatz rauf,da das Privatgelände ist.An der Straße ist nicht viel los.Und die Autos,die den Parkplatz verlassen,halten auch nur kurz,um die Flugis in Empfang zu nehmen.Da....da erscheint wutentbrannt die Kioskbesitzerin...reißt uns die Flugis aus der Hand...um sie vor unseren Augen demonstrativ zu zerreißen...zeigt uns noch den Mittelfinger...und zieht fluchend wieder von dannen.(Schade,daß ihr Intellekt nicht auch so stark ausgeprägt ist wie ihr Mut...)

KIEZRADELN GEGEN NAZIZEITUNGEN

Es ist jetzt kurz vor 13 Uhr,gleich Ladenschluß,uns reicht´s langsam... "unserem" grünen Demoleiter wohl schon seit längerem,denn der hat uns längst mit einem Hinweis auf seinen Kollegen verlassen. - Damit ist der offizielle Teil der Aktion beendet...und die Hälfte der Demoteilnehmer/innen folgt einer Einladung zu Kaffee,Kuchen und Sekt,wobei einhellig festgestellt wird,daß die Aktion nicht nur - trotz geringer Beteiligung - ein Erfolg war, sondern auch noch viel Spaß gemacht hat!!!

die 3 von der Demo

Nachtrag:

Am 14.12.94 hatten wir ein Gespräch mit dem neuen Zeitungsladenbesitzer in der Müllerhalle.Dieser ist seit Anfang November drin und verkauft seitdem keine Deutsche National-Zeitung und keine Deutsche Wochen-Zeitung.Am Tag unserer Aktion hatte er die Junge Freiheit noch,weil er nicht wußte,daß es sich hierbei um eine rechtsextremistische Zeitung handelt.- Nach unserer Aktion und nachdem er sich informiert hatte,hat er die Junge Freiheit nicht mehr im Zeitungsangebot!

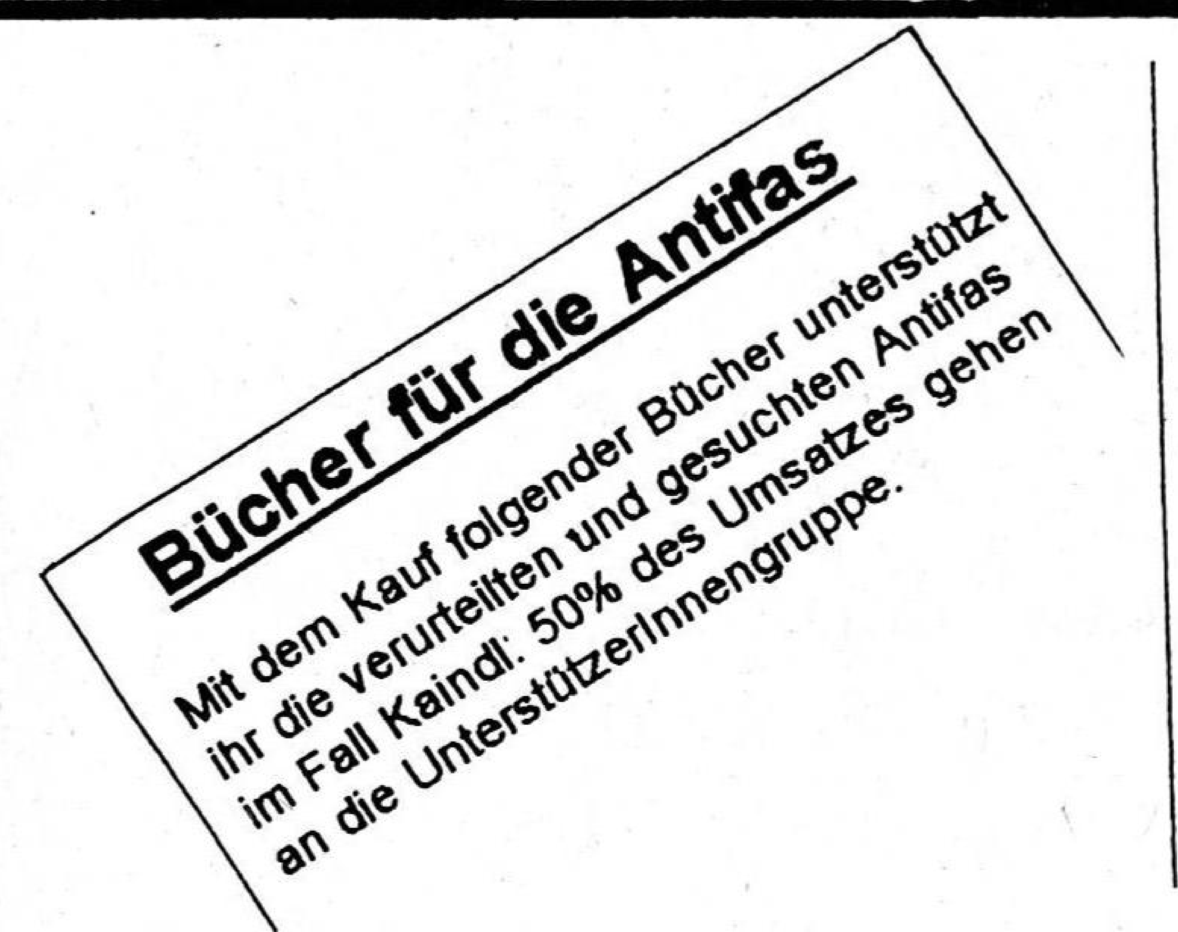
KONZEPT FÜR DIE BÜNDNISDEMO GEGEN STEFFEN HUPKA UND FASCHISTISCHE STRUKTUREN AM 14.01.1995 IN QUEDLINBURG !

Wie Ihr hoffentlich bereits erfahren habt, findet am 14.01.1995 um 11[00] Uhr in Quedlinburg (Treffpunkt Carl-Ritter-Platz) eine Demonstration gegen den Nazikader **Steffen Hupka** unter dem Motto **"Deckt faschistische Strukturen auf und organisiert den antifaschistischen Widerstand !"** statt. Ziel der Demonstartion ist es, über die Aktivitäten des ehemaligen NF-Schulungsleiters **Steffen Hupka** zu informieren und ein breites Bündnis gegen die bestehenden faschistischen Strukturen im Ostharz aufzubauen. Weiterhin soll ein Klima geschaffen werden, indem es jedem einzelnen Menschen möglich ist dem organisierten Neofaschismus offen entgegenzutreten. Die Demonstration soll an der Wohnung **Steffen Hupkas** in der **Mauerstraße 15**, vorbeiführen, um auch die AnwohnerInnen gezielt anzusprechen und nicht um die Wohnung anzugreifen. Dieses Ziel soll nicht auf militantem Weg durchgesetzt werden. Bereits im Vorfeld konnten engagierte Menschen aus dem bürgerlichen Spektrum interessiert und zu eigenen weiterführenden Initiativen angeregt werden. Es ist uns daher besonders wichtig, daß diese Demo friedlich verläuft, da sonst ihr politisches Ziel verfehlt wird. Wie sich sicherlich von selbst versteht: Kein Alk - kein Dope - keine sexistischen Sprüche und Mackertum.

Laßt uns gemeinsam dem organisierten Neofaschismus auf allen Ebenen, in Staat und Gesellschaft entgegentreten.

Mit antifaschistischen Grüßen:
Antifa HA/QU

Kontakt: PF. 42 06493 Ballenstedt



- Für eine Gesellschaft ohne Knäste: - Texte aus Italien
- QHS: Roger Knobelspiess, "Hochsicherheitsgefangener" in Frankreich, erzählt
- Liebe und Hass: Knasttagebuch aus Amerikkka von Carl Harp
- Zehn Tage, die England veränderten: Soziale Revolten in GB
- Dynamit: Geschichte der radikalen Arbeiterbewegung in den USA



Autonomie-Kongreß der undogmatischen linksradikalen Bewegungen

Protokoll des 3. bundesweiten Vorbereitungstreffens am 26./27.11.94 in Erfurt

Es waren ca. 30 Leute aus den Städten Berlin, Frankfurt, Erfurt, Weimar, Essen, Marburg (zeitweise) und Hamburg da.

»Wir müssen kleinere, aber dafür die richtigen Brötchen backen.«

Die Stimmung in den einzelnen Städten betreffs des Kongresses ist z.Zt. nicht gerade berauschend, mit anderen Worten eher mies, die Beteiligung an den jeweiligen Vorbereitungstreffen eher verhalten. Aus den Erzählungen der Leute aus den einzelnen Städten ging hervor, daß der Ansatz, den Kongreß als Durchlaufstation für eine gute Vor- und Nachbereitung zu sehen, also auch als ein Anlaß zu einer regionalen Organisierung, im großen und ganzen gescheitert ist. In den meisten Städten engagieren sich nur noch wenig Leute in den Diskussionen über den Kongreß, viele finden den Kongreß und die damit zusammenhängenden Diskussionen auch *irgendwie* interessant und wichtig, sehen aber die Notwendigkeit nicht (und auch die Chance nicht), sich an der Vorbereitung zu beteiligen. Die Gründe dafür sind vielschichtig und hinlänglich bekannt: getrennte Organisierung (Frauen, MigrantInnen), zuviel andere Arbeit, lieber weiter vor sich hin wurschteln und keine grundsätzlichen Fragen zusammen mit anderen Gruppen diskutieren ... usw.

Festgestellt wurde, daß die jeweiligen Vorbereitungstreffen in den Städten nicht das Spektrum der radikalen Linken widerspiegeln, also nicht annähernd repräsentativ sind, weil viele wichtige Zusammenhänge fehlen und somit auch das bundesweite Treffen nicht repräsentativ ist.

So stand nach einer kurzen Bestandsaufnahme am Anfang der Diskussion die grundsätzliche Frage, ob und wie wir überhaupt weitermachen können und sollen.

Letztlich wurde entschieden, weiter zu machen. Klar wurde dabei, daß das ursprüngliche Konzept, das eine Wichtigkeit auf die Vor- und Nachbereitung legte (s.o.), gescheitert ist; daß jetzt aber mit einem anderen Ansatz fortgefahren wird, wo dann der Kongreß als solcher mehr Raum einnimmt. Der Kongreß ist nach wie vor politisch wichtig, es steht einfach an, einige grundlegende Fragen zur Situation der radikalen Linken zu diskutieren, oder zumindest die Diskussion anzuschieben. Und genau das kann eine Funktion des Kongresses sein. Die Hoffnung, auf dem Kongreß würden auf all die Fragen, um die es vielen geht, Antworten gefunden werden, die vielleicht immer noch in den Köpfen einiger herumgeistert, sollte endgültig begraben werden, weil diese lediglich die Ansprüche hochschrauben würde, die wir sowieso nicht erfüllen können. Dies könnte leicht frustig werden. Stattdessen sollte der Kongreß als Diskussionsanstoß begriffen werden. Wenn es gelänge, miteinander ins Gespräch zu kommen über die grundlegenden Fragen, die Sachen, die schlecht laufen und die, die gut laufen, wenn es einen Austausch gäbe und so zu einer Art Bestandsaufnahme linksradikaler Politik der letzte Jahre und der Gegenwart und zusätzlich vielleicht zu einem Anriß der verschiedenen Überlegungen käme, wie es weiter gehen kann, wäre schon sehr viel erreicht.

Dies heißt nach wie vor, daß es nicht so sein kann, daß der Kongreß als Ereignis allein da steht und vorher und hinterher nichts passiert. Die inhaltliche Vor- und Nachbereitung ist nach wie vor wichtig, wobei es jetzt so erscheint, daß die Wichtigkeit einer guten Nachbereitung größer wird, da es mit der Vorbereitung, wie schon erwähnt, ja ein wenig hapert.

Klar ist zumindest derzeit, daß es eine handvoll Leute ist, die diesen Kongreß praktisch und auch inhaltlich verbindlich vorbereitet, daß somit, wie schon gesagt, das ursprüngliche Konzept gescheitert ist. Die Gefahr ist jetzt da, daß einige wenige sich bemühen, ein gutes Angebot hinzukriegen, während die große Masse zum Konsumieren und »mal gucken, was so los ist » kommt.

»Ich blicke zwar durch die Diskussion nicht ganz durch, aber ich finde sie nicht unangenehm.« – die Struktur des Kongresses ist der Inhalt

Vereinfacht dargestellt gibt es zwei sehr unterschiedliche Möglichkeiten, einen linksradikalen Kongreß durchzuführen. Zum einen könnte der Kongreß so aussehen, daß wir uns in unserer Vielfältigkeit darstellen, sprich: es gibt viele verschiedene Arbeitsgruppen zu all den unterschiedlichen Themen, zu denen Linksradikale Politik machen. Zum anderen könnte es allgemeine Fragestellungen geben, an denen alle diskutieren, so daß eine gemeinsame Diskussion entsteht.

Ziemlich schnell wurden wir uns einig, daß die erste Variante derzeit nicht all zu viel Sinn macht. Es wäre sicherlich interessant, wenn sich das linksradikale Spektrum mit seinen Inhalten darstellte, da viele Gruppen zu ihrem jeweiligen Thema gute Arbeit machen und sich gut auskennen. So wären jedoch kaum die grundlegenden Fragen berührt, um die es für die meisten gehtt.

Das »Erfurter Programm« für den Kongreß sieht nun drei Fragenkomplexe für

die ersten drei Kongreßtage vor: 1. Autonomie: Geschichte, Aktualität und Zukunft einer Gesellschaftsvorstellung und eines Politikansatzes; 2. Die Trennungslinien der Linken – Differenzierungen, Brüche, Spaltungen; 3. Gibt es (revolutionäre) Perspektiven autonomer Politik?

Die Aufläsungstendenzen einer linksradikalen Szene sind nicht zu übersehen. Politische Arbeit findet heute meistens in kleineren Gruppen statt, die »ihr« Spezialgebiet beackern, die sich oft irgendwann von der »Szene« losgelöst haben und die in der Regel wenig oder garnichts mit anderen linksradikalen Gruppen zu tun haben. Diese Entwicklung ist kein zufälliges Produkt. Sie spiegeln gesamtgesellschaftliche Spaltungslinien wie Sexismus, Rassismus, historische Entwicklungen und gesellschaftliche Vereinzelungstendenzen wieder. Folge dieser Entwicklung ist jedenfalls, daß es inzwischen wohl unmöglich geworden ist, von einem »wir« der Bewegung zu sprechen. Folge ist auch, daß über die begründeten Spaltungen hinweg kaum noch Kommunikation oder gar gemeinsame politische Arbeit stattfindet.

Auf dem Kongreß soll es nicht darum gehen, diese Spaltungslinien der linksradikalen Bewegungen in einer großen Einheitsfeier zuzukleister, was wir aber wollen, ist, den Dialog, die Diskussion, Auseinandersetzung und dernStreit zwischen den Strömungen zu ermöglichen. Wichtig ist, daß die unterschiedlichen Bewegungen über ihren Tellerrand hinausblicken uns

Der (vorläufige) Kongreßverlauf

1. Tag (Freitag, 14.4.95)

Der erste Tag soll ein Einstieg in den Kongreß sein.
Er soll den Raum aufmachen, miteinander zu diskutieren, Positionen auszutauschen, eigene Standpunkte zu formulieren, andere Politikansätze wahrzunehmen, sich zu öffnen.

morgens/vormittags

Eröffnungsplenum: Eingangsworte, Technos, Erklärung des Tagesmottos: **Erläuterung des Begriffes »Autonomie« unter der Frage des unterschiedlichen Zugangs** mit den Fragestellungen:
– woher kommen wir – was trennt uns – was verbindet uns
Dieses Motto ist der Diskussionsrahmen für die anschließenden Arbeitsgruppen.

mittags/nachmittags

Es soll in Kleingruppen diskutiert werden. Dies kann in Frauen-, Männer-, Jugend-, MigrantInnen, Ost-, etc.pp. Gruppen, als auch in gemischten, bunt zusammengewürfelten Gruppen passieren.

abends

großes, gemeinsames Plenum: **Bestandsaufnahme und Kritik autonomer, linksradikaler, undogmatischer Politik** unter Einfluß der Ergebnisse aus den Kleingruppen

2. Tag (Samstag, 15.4.95)

Am zweiten Tag wollen wir den unterschiedlichen Spaltungen und Auseinanderdifferenzierungen innerhalb der linksradikalen undogmatischen Bewegungen während der letzten Jahre Rechnung tragen.
Mit anderen Worten: Wir wollen die Frage nach dem »Wir« stellen ohne vereinheitlichen und die Widersprüche verdecken zu wollen, für die es gute Gründe gibt.
Das Motto soll lauten: **Solidarisierung / Auseinandersetzung / Abgrenzung linksradikaler undogmatischer Gruppen zueinander – Wer macht hier eigentlich noch radikale Politik (mit revolutionärem Anspruch)?**
Ziel ist, das Schweigen der Linken zu durchbrechen.
Es soll differenzierte Beiträge aus den Gruppen und zu den politischen Schwerpunkten geben, die über den jeweiligen Tellerrand blicken und damit eine Kommunikation und Konfrontation ermöglichen.
Die Frage nach dem »Wir« läßt sich nicht mit wenigen diskutieren. Andererseits ist es wohl auch nicht möglich, sie im großen Plenum differenziert und genauer zu erörtern. Daraus resultiert eine Mischform und Dreiteilung für den zweiten Tag:

9.00 Uhr Frühstück
10.00 Uhr Großveranstaltung mit oben genanntem Motto (kurze prägnante Beiträge mit provokanten Thesen, die die Diskussionen in den AG's anregen sollen)
12.00 Uhr AGs (wir stellen uns Gruppen bis ca. 25–30 Leute vor)
16.00 Uhr Kleinplena (zusammengesetzt aus verschiedenen AG's mit unterschiedlichen politischen Schwerpunkten, ca. 100–200 Leute)

Auf den Kleinplena soll die Diskussion, die in den AG's geführt wurde, mit den anderen AG's fortgesetzt werden. Damit soll erreicht werden, daß sich die bestehende Zersplitterung nicht in den AG's reproduziert. Wir halten 100–200 Leute für eine überschaubare Größe, in denen sich dennoch die Spaltungslinien der Linken wiederfinden werden.

3. Tag (Sonntag, 16.4.95)

Revolution – täglich oder gar nicht!
Gleiche Struktur wie am zweiten Tag mit dem inhaltlichen Unterschied bezüglich des Eröffnungsplenums und der AG's: **Was nun? Organisierung? Widerstand? Träume und Utopien?**

- Neubestimmung der Angriffsziele linksradikaler undogmatischer Politik
- Organisierung in den Bewegungen
- Widerstand? Wie und gegen was kämpfen und wehren wir uns (gemeinsam)?
- Wie bestimmen wir unsere Position in der Gesellschaft? Wo sind dort mögliche BündnispartnerInnen?
- Selbstghettoisierung
- Agitation, Projektion, Mobilisierung

4. Tag (Montag, 17.4.95)

morgens / vormittags

allerletztes Frühstück
Abschlußplenum (Resümee)

nachmittags

große gemeinsame Abschlußaktion



sich in Bezug zueinander setzen, denn die übergreifenden Fragen betreffen alle. Eine Antifa-Gruppe beispielsweise muß ebenso Antworten auf die Frage finden, mit wem sie wie Veränderung vorantreiben will, wie eine Gruppe, die zum Thema Gentechnik arbeitet, oder eine Männergruppe.
Die verschiedenen existierenden Trennungslinien werden ein zentrales Thema auf dem Kongreß sein. Sie werden sich in der Struktur und den Inhalten des Kongresses niederschlagen, deswegen können die Diskussionen nicht (sofort) um Strategien und Perspektiven gehen. Es soll erst einmal um eine Art Bestandsaufnahme linksradikaler Politik gehen, von der aus dann weiter geguckt werden kann. Wie gesagt, das Ziel ist nicht, alles zu vereinheitlichen und die Widersprüche wegzuwischen, sondern sich mit den Inhalten und Vorbehalten der unterschiedlichen Bewegungsteile auseinanderzusetzen; Unterschiedliche Ansätze nebeneinander existieren zu lassen, aber trotzdem zu schauen, wo (oder ob) es eine gemeinsame Basis gibt.

Letztlich kam bei der Diskussion über die Struktur des Kongresses so etwas wie eine Synthese aus den beiden anfangs erwähnten Möglichkeiten heraus, so daß die Möglichkeit besteht, daß es AG's zu inhaltlichen Schwerpunkten gibt und gleichzeitig **alle** aus ihrem politischen Ansatz heraus die grundlegenden, übergreifenden Fragen diskutieren sollen, wobei das Gewicht eindeutig auf dem Ansatz liegt, übergreifende Fragen zu bereden.
Konkret diskutiert wurden zwei Strukturvorschläge, einer von der Kongreß-Ini Berlin, der andere von SPUK (Berlin), in denen sich auch die Überlegungen widerspiegeln, daß alle an roten Fäden reden. Diese beiden Vorschläge wurden weiter entwickelt. (Sie werden hier nicht vorgestellt, da dies zuviel Raum einnähme.)
Beschlossen wurde die im Kasten dargestellte Struktur. Diese Struktur gilt jetzt verbindlich. Sie stellt einen Rahmen dar, in dem die Diskussionen laufen sollen. Einige Punkte müssen sicherlich noch präziser formuliert und mit mehr Inhalt gefüllt werden.
Die Uhrzeiten, an denen die einzelnen Sachen stattfinden, sind noch nicht genau festgelegt.

In der Diskussion in Erfurt kam es nicht mehr zur Vorstellung der Kultur-AG, so daß an dieser Stelle nichts genaueres berichtet werden kann. Klar ist, daß es vielfältige kulturelle Aktivitäten tagsüber und abends geben wird. Hierbei sollten wir darauf achten, daß nicht die Trennung von Politik und Kultur aufrechterhalten wird, so nach dem Motto: tagsüber wird wichtig diskutiert und abends gibt's dann zur Entspannung eine Party oder ein Konzert, sondern daß beide gleichwertig gesehen werden bzw. klar ist, daß sie zusammen gehören.
Alle Kulturschaffenden sind aufgefordert, etwas beizutragen!

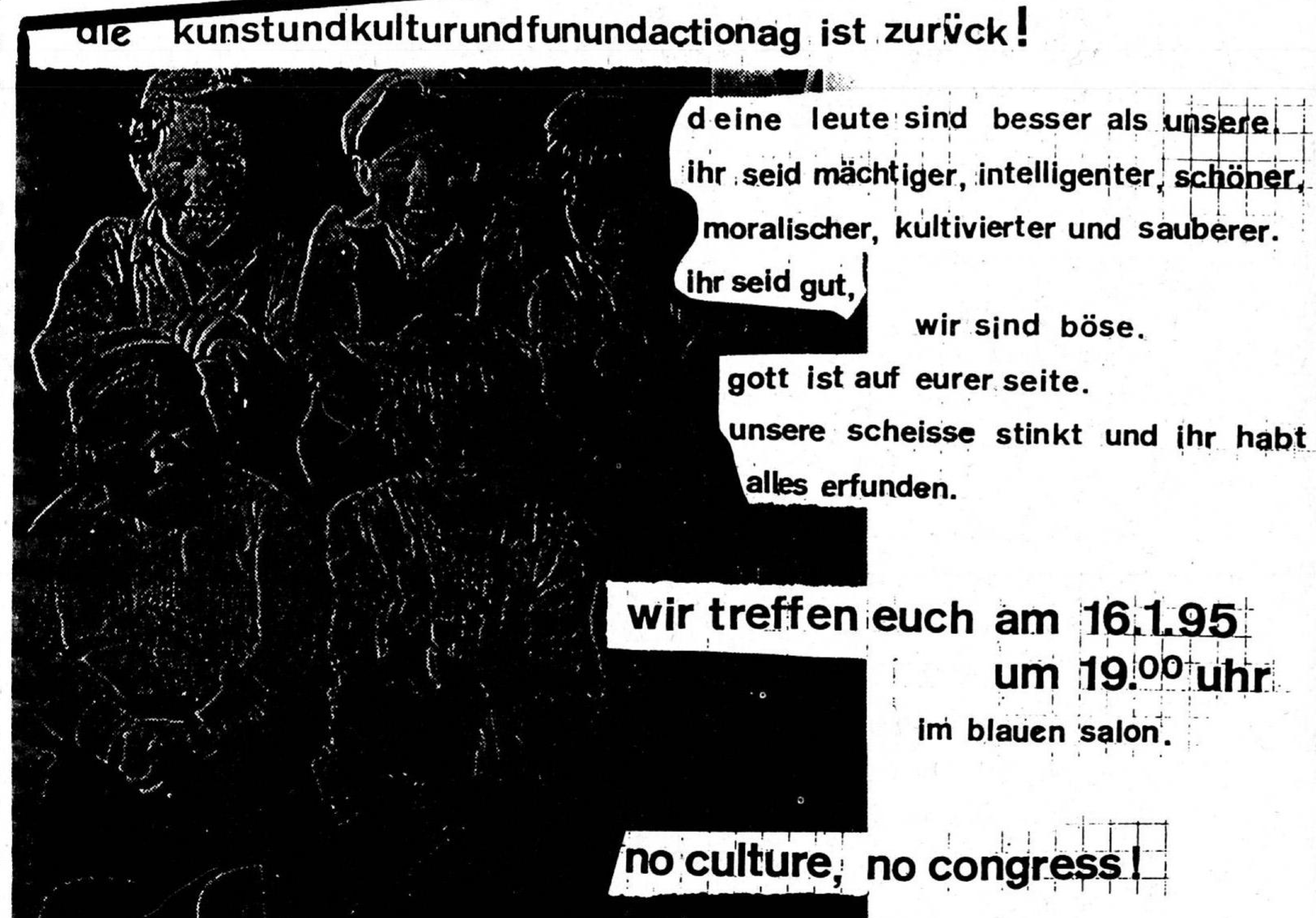
Auf dem nächsten bundesweiten Vorbereitungstreffen wird es darum gehen, die in dieser Struktur auftauchenden Schlag- und Stichwörter noch einmal präziser inhaltlicher zu erfassen.
Nach wie vor ist es wichtig, daß sich mehr Gruppen aus mehr Städten in die inhaltliche sowie organisatorische Vorbereitung des Kongresses einbringen.

Das nächste bundesweite Vorbereitungstreffen findet vom 3.–5.2.95 in Hamburg statt.

Der genaue Ort steht nocht nicht fest (wahrscheinlich Rote Flora, wir wollen uns aber noch darum kümmern, daß es rollstuhlgerecht ist). Die Einladungen werden rechtzeitig verschickt.

Kontakt:
Kongreß-Ini Hamburg
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
20357 Hamburg

bis dann,
einige aus der Kongreß-Ini Hamburg





POLITISCHE POLIZEI kriminalisiert den AStA der TU Berlin

Christine Schindke, Jahrgang 1962, ist Polizeibeamtin und war als verdeckte Ermittlerin in der linken Szene plaziert. Als sie Anfang 1994 aufflog, werden dürftige Erkenntnisse offenbart. Sie beschuldigte einen Referenten des AStA der Technischen Universität (TU) der Finanzierung von Flugblättern zur 1. Mai-Demonstration 1993. Dafür sollen Geldern der StudentInnenschaft veruntreut worden sein. Der Versuch des sog. Staatsschutzes über die Senatsverwaltung und die TU Einsicht in die Haushaltsunterlagen des AStA zu erlangen scheiterte.

Bekannt aber nicht befragt werden die Personen, die dem Haushaltsausschuß angehören. Für den "Staatsschutz" steht fest, "daß es auf Grund offensichtlicher personeller Verbindungen zwischen Angehörigen der "Linken autonomen" Szene sowie Angehörigen des ASTA der TU eine über den hochschulpolitischen Auftrag der Studentenschaften hinausgehende finanzielle Unterstützung der gewaltbereiten Szene in Berlin gibt". Somit wird das Verfahren auf den gesamten AStA ausgeweitet. Mit diesen, durch nichts belegten Annahmen, erwirken die Ermittler einen Durchsuchungsbeschluß für die Kasse der TU, die die Haushaltsunterlagen des AStA aufbewahrt.

Die erste Durchsuchung im August 1994 verlief ergebnislos. Der "Staatsschutz" mußte feststellen, daß die umfangreichen Unterlagen vollständig und der Name des Beschuldigten darin nicht enthalten war. Bei einer zweiten Durchsuchung werden zahlreiche Akten entwendet und nicht versiegelt. Der AStA der TU, Eigentümer der Akten, erhielt kurz vor Weihnachten durch Akteneinsicht Kenntnis von diesen Vorgängen. Das Ausgangsverfahren ist mittlerweile eingestellt.

Die Geschäftsführung des Republikanischen Anwältinnenvereins (RAV) gewinnt zu diesem Fall den Eindruck, daß "es bei dem behördlichen Vorgehen nicht in erster Linie um die Verfolgung eines [...] Tatverdachtes [...]geht, sondern die Stoßrichtung der Maßnahmen im Bereich der politischen Aktivitäten der studentischen Vertretung liegt".

Daß politische Aktivitäten von studentischen Vertretungen kriminalisiert werden, erfuhr der AStA der Uni Münster im September 1994. Die Herausgabe eines Readers zur Asylpolitik und zur Doppelten Staatsbürgerschaft brachte auch ihm den Vorwurf der Veruntreuung studentischer Gelder ein. In diesem Zusammenhang verhängte das OVG Münster mittels einer einstweiligen Anordnung einen Maulkorb.
Schon immer galt das Interesse einer Politischen Polizei auch den Strukturen. So wurden in Göttingen im Oktober 1994 LKW-weise Unterlagen des AStA entwendet. Anlaß bot hier die Mitwirkung einer AStA-Referentin bei antifaschisten Aktionen.

Die wissentlich falsche Interpretation der im Landeshochschulgesetz formulierten Aufgaben der ASten durch den Berliner "Staatsschutz" macht dennoch Sinn. Über das Ermittlungsverfahren gelangte der "Staatsschutz" in den Besitz umfangreicher Unterlagen zu Einzelpersonen und Firmen, die mit dem AStA zusammenarbeiten.

Während der "Staatsschutz" verdeckt ermittelt und unkontrolliert arbeitet, treten andere offen auf:

An der Humboldtuniversität agiert die "Junge Freiheit". Die rechtsextreme Sekte "AQS" verbreitet ihre menschenverachtende Propaganda an TU und der Freien Universität. Geschichtsrevisionisten wie Ernst Nolte, Rainer Zitelmann und Arnulf Baring bestimmen in den Hörsälen den Historikerstreit. Klaus Motschmann, Professor an der HdK, schreibt wie Nolte und Zitelmann für die "Junge Freiheit" und referiert beim "Bildungswerk von Fallersleben", über das Veranstaltungen und Kontakte zwischen sich offen zum Nationalsozialismus bekennenden Personen angeboten werden. Sie alle berufen sich auf das Recht der freien Meinungsäußerung.

Familien kurdischer Studierender, die an einem vom AStA der TU Berlin im Frühjahr 1994 organisiertem Neujahrsfest teilnehmen wollten wird dieses Recht abgesprochen. Im Zuge der allgemeinen Stigmatisierung von KurdInnen, werden sie aufgrund dubioser Erkenntnisse des "Staatsschutzes", zu PKK-AktivistInnnen erklärt. Der Präsident der TU zog seine erteilte Genehmigung zurück. Die Polizei riegelte das Hauptgebäude der TU ab.

Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse hebt der AStA hervor, daß die gesetzlich fixierten Aufgaben des Berliner Hochschulgesetzes verteidigt werden müssen. Er selbst wird sich auch weiterhin für eine freie Gesellschaft ohne Unterdrückung einsetzen.

Der AStA der TUB fordert

- die sofortige Rückgabe der entwendeten Akten und die Vernichtung sämtlicher Unterlagen,
- eine parlamentarische Auseinandersetzung mit der Durchsuchungsaktion,
- eine Untersuchung des Einsatzes der verdeckt arbeitenden ErmittlerInnen.


Anschläge auf 13 Geschäfte in der Passauer Innenstadt

Chaoten hinterlassen Scherbenhaufen

Polizei vermutet Täter in der „linken" Szene – Motiv unklar – Sachschaden wird auf 100 000 DM geschätzt

PRESSEMITTEILUNG

Betrifft: Anschlag auf Geschäfte und Banken zu Silvester in der Passauer Fuzo und die einsetzende Repressionswelle

Wir, einige linksradikale Passauer Gruppen, wollen mit dieser Mitteilung auf die derzeitige Situation in Passau aufmerksam machen.
Nachdem in der Silvesternacht die "Antiimperialistische Zelle Halim Dener" in der Passauer Fuzo 13 Banken, bzw. Geschäfte entglast hat, setzt die Polizei zum massivsten Schlag gegen die gesamte linke Szene in dieser Region an. Über die rechtskonservative Passauer Neue Presse (PNP) droht die Polizei der linken Szene, auch nur beim kleinsten Anlaß auf eine kriminelle, bzw. terroristische Vereinigung zu ermitteln. Anonyme Anrufe reichen der Polizei aus, zwei Jugendliche vorübergehend festzunehmen, in die Wohnungen einzudringen, einen davon stundenlang zu verhören, ihm zu drohen und natürlich auch Geld für Hinweise anzubieten. Sogar Untersuchungen auf Glasfasern in Kleidung und in einem Fahrzeug wurden vorgenommen.
Weiterhin ist seit dieser Aktion die massive Präsenz der (vor allem zivilen) PolizistInnen, vor allem vor Wohnungen/Treffs der linken Szene zu bemerken.
Der Staatsapparat arbeitet hier ganz klar auf eine Kriminalisierung der gesamten linken Bewegung hin.
Desweiteren versuchen Polizei und Stadtverwaltung legal ausgerichtete linke Politik zu behindern. So wurden beispielsweise bei einem Vorabgespräch zu einer Demo unter dem Motto: "Solidarität mit dem kurdischen Volk" Auflagen angekündigt, die in dieser Form sogar in Bayern ihresgleichen suchen (z.B. kein Fronttransparent!; Abschlußkundgebung darf nicht in der Fuzo sein, da dort auch die "Randale" war und diese ja in Zusammenhang mit der Demo zu sehen ist; Keine Flugblattverteilung bei Agit-Prop-Aktion und der Demo wegen Umweltverschmutzung; ...).
Wir werden uns dieser Repression nicht einfach unterwerfen! Wir wollen die Vorgänge hier öffentlich machen!

KAMPF DEM STAATSTERRORISMUS!!!

Da die linksradikale Szene in Passau nicht auf große Solidarität in der Region hoffen kann und mit der Passauer Neuen Presse eine rechtskonservative Tageszeitung das Zeitungsmonopol besitzt, richten wir uns an Sie/Euch, um diesen Staatsterror öffentlich zu machen.
Anbei einige Zeitungsartikel aus der PNP.

Mit revolutionären Grüßen
Antifaschistische Aktion Passau, Antifa F Passau, Fantifa Passau, Rechtshilfegruppe Passau

Kontaktadresse: Antifaschistische Aktion Passau, Grosse Messergasse 8, 94032 Passau

5 000 DM Belohnung:
Wer kennt die Vandalen?

Randale zum Jahreswechsel

Vermummte zertrümmern dreizehn Schaufenster in Passaus Innenstadt

Polizei vermutet politischen Hintergrund – Über 100 000 Mark Schaden – Häuser und Kirchen beschmiert

Von Jörg Klotzek

Politisch motivierte Randale in der Silvesternacht: Vermummte Chaoten haben kurz vor dem Jahreswechsel die Schaufenster von dreizehn Geschäften in der Innenstadt eingeschmissen. Häuser und Kirchen wurden mit Polit-Parolen beschmiert. Die Polizei konnte bislang keinen der Täter festnehmen.

Das Jahr 1994 war fast vorüber. Nur noch wenige Minuten bis Mitternacht. Plötzlich stürmten mehrere vermummte junge Personen durch die Fußgängerzone zwischen Grabengasse, Großer Klingergasse und Ludwigstraße. Wände wurden beschmiert, Pflastersteine flogen, Scheiben klirrten.

Die Scheiben von dreizehn Geschäften gingen zu Bruch: Commerzbank, Sparkasse, DM-Drogerie, Tchibo, Olzinger, Kleine Markthalle, K+L, Simader, Douglas, Kickum und Zechmann. Gleichzeitig wurden in der Bahnhofstraße die Schaufenster der Firmen Dittlmann und Wöhrl eingeschmissen. Gesamtschaden: über 100 000 Mark.

Am Modegeschäft Simader und an der Kleinen Markthalle wurden zudem die Wände beschmiert: „Fight the power", steht da und „KGK" sowie ein sogenannter Anarcho-Stern. Mehrere Passanten beobachteten den Spuk, trauten sich aber nicht einzugreifen. So schnell wie die Vermummten gekommen waren, verschwanden sie auch wieder. Als die Polizei nach wenigen Minuten eintraf, waren die Straftäter verschwunden. Eine Großfahndung blieb erfolglos.

„Wir hatten sogar mehr Streifen als sonst im Einsatz", beklagt Polizeirat Alois Mannichl die erfolglose Fahndung, „doch die Täter legten wohl an der nächsten Ecke die Vermummung ab und gingen in aller Ruhe wie harmlose Passanten nach Hause." Die Schmierereien lassen auf eine politisch motivierte Tat schließen. Deshalb hat das Kommissariat Staatsschutz der Kripo die Ermittlungen aufgenommen.


Die Schaufensterscheiben von dreizehn Geschäften in der Innenstadt wurden an Silvester von vermummten Randalierern eingeworfen. (Foto Roider)

Wer die Randalierer waren, was sie wollten, das blieb bisher im Dunkeln. Ein Bekennerschreiben zu dieser Aktion ging bis jetzt nirgends ein. Dafür meldeten sich die „Antifaschistischen Frauen" mit einem handgeschriebenen Zettel bei der Passauer Neuen Presse:

„Wir haben mehrere Kirchen in Passau besprüht", rühmen sich die linken Polit-Frauen. Ihr Motiv: Die katholische Kirche beziehe rechtskonservative Wert- und Normvorstellungen in der Abtreibungsdiskussion. Bisher wurden an den Kirchen in Hacklberg und in Salzweg entsprechende Schriftzüge entdeckt.

Die Kripo ging noch am Sonntag einigen Zeugenhinweisen in beiden Fällen nach. Festnahmen gab es bis dato aber keine. Die Scheiben der Geschäfte wurden notdürftig verschalt, der Verkauf geht heute weiter.


5000 Mark Belohnung
Passauer Randale: Terroristen am Werk?

¡BASTA!

Berlin-Brandenburger BauarbeiterInnen Blatt

Nr.1, Herbst 1994

Was zum Teufel geht hier eigentlich vor? Sie versuchen uns auszunehmen, wo immer sie können: wir müssen in der Gegend rumziehen, um einen Job zu finden, der ein bißchen Kohle bringt, sie lassen uns Wahnsinnsmieten zahlen, ob für eine normale oder für eine illegal untervermietete Wohnung oder ein Zimmer in einer Pension, ein Bett in einem Container, wir wissen nie, ob sie uns den Lohn auch auszahlen, den sie uns versprechen, oder ob der Boss mit der Kohle abhaut, es gibt viele Unfälle und immer mehr Tote, weil auf Sicherheit nicht geachtet wird, wo es um Geld geht... Und die Frage bleibt: was und für wen bauen wir hier eigentlich?

Einige Hintergrundinformationen: Krise und Boom

In der Baubranche Berlin/ Brandenburgs gibt es zur Zeit sowohl eine Krise als auch einen Boom. In der Krise befinden sich viele ostdeutsche Unternehmen mit einer niedrigeren Produktivität, einer dünnen Kapitaldecke (oftmals hochverschuldet) und dementsprechend geringen Investitionsmöglichkeiten. Eine Vielzahl von Baubereichen, die von öffentlichen Investitionen abhängig sind, befinden sich in der Krise, weil die Kommunen und Länder Gelder im Infrastrukturbereich einsparen: Dies betrifft vor allem den Straßenbau und den öffentlichen Hoch- und Tiefbau. Die Pleiten von Baufirmen nehmen in der BRD allgemein und insbesondere im Osten rapide zu. Spezialisierte Unternehmen und Kleinfirmen, die in der Hierarchie der Baustellen oft in der 5. oder 6. Ebene als Subunternehmen eingesetzt sind, sind von dem Prozeß des Ruins und der Kapitalkonzentration am stärksten betroffen.

Andererseits gibt es in Berlin/ Brandenburg und im übrigen Ostdeutschland einen Bauboom wie wohl nirgends sonst in Europa. Riesige zentralstaatliche Projekte im Autobahn- und Schienenverkehrsbereich, der Bau des Regierungsviertels in Berlin, gigantische Großinvestitionen für Dienstleistungszentren und Bürogebäude, die Modernisierung der Altbauten in Ostdeutschland und die Schaffung vieler Ein- und Zweifamilienhäuser z.B. im Berliner Umland produzieren teilweise Wachstumsraten von 40 bis 50 Prozent pro Jahr.

Sonderentwicklungen in der ehemaligen DDR

Mit der sogenannten "Deutschen Wiedervereinigung" ab 1990 waren im Osten in der Baubranche fast die Hälfte der 600 000 BauarbeiterInnen entlassen worden, vor allem und zuerst die Frauen und MigrantInnen. Inzwischen wurden wieder 100 000 offiziell eingestellt, viele haben sich selbständig gemacht oder sind in Vorruhestand bzw. in die Schwarzarbeit gegangen. Riesige Ausbildungskampagnen wurden gestartet, um neue, junge, qualifizierte Arbeitskräfte zu erhalten. Neuerdings werden in Leipzig sogar gezielt wieder Frauen zu Maurerinnen, Fliesenlegerinnen usw. ausgebildet. Der Boom hat in vielen Bereichen zu einer Arbeitskräfteknappheit geführt, und die Löhne sind im Baubereich relativ mit am höchsten, d.h. dem westdeutschen Lohnniveau am stärksten angeglichen.

Das neue Proletariat

Es gibt ca. 1,4 Millionen in der BRD sozialversicherte BauarbeiterInnen im Bauhauptgewerbe. Ca. 162.000 von ihnen sind ImmigrantInnen, die meisten davon seit langem ansässige, mit den Anwerbe-Abkommen in den 60er und zu Anfang der 70er Jahre nach Deutschland gekommene ArbeiterInnen. Mit dem Fall der "Mauer" 1989 und der Schaffung des "Europäischen Binnenmarktes" 1992 begann eine Neuzusammensetzung. Zeitweilig arbeiteten über 100.000 ArbeiterInnen mit einem legalen Status aus Osteuropa und ebensoviele aus Westeuropa auf dem Bau. Dazu kamen nach (den nicht besonders glaubwürdigen) Angaben der Bauverbände und der Gewerkschaft noch mehrere Hunderttausend unter illegalen Bedingungen in der Schwarzarbeit. Das Bauproletariat ist also schon lange kein "nationales" mehr, ganz im Gegenteil ist es heute so "international" geworden wie kaum je zuvor.



Eine Klasse auf dem Bau? Unterschiedliche Bedingungen...

Das trifft vor allem für Berlin als Deutschlands größte Stadt und eines seiner proletarischen Zentren zu. Der Baubereich ist hier einer der zentralen Sektoren. Zu den alten MigrantInnen (im Westteil vor allem aus der Türkei/ Kurdistan und dem ehemaligen Jugoslawien - im Osten aus Mosambik und Vietnam) kommen neue hinzu: aus osteuropäischen Ländern (hauptsächlich Polen, Tschechien und Ex-Jugoslawien), der EG (Irland, Britannien, den Niederlanden und Portugal) sowie einigen zahlenmäßig kleineren MigrantInnengruppen aus Afrika und Asien. Neben den unterschiedlichen Herkunftsländern und Sprachen gibt es sehr verschiedene Arten von rechtlichem

Status bei Aufenthaltsrecht und Zugang zu Jobs: völlig illegal mit Schwarzarbeit; Duldung, aber keine Arbeitserlaubnis; VertragsarbeiterIn oder SaisonarbeiterIn; "Neue Selbständige" und "Scheinselbständige"; Sozialhilfe mit Verpflichtung zu gemeinnütziger Tätigkeit; ABM; Akkordkolonne... - sowie die verschiedenen Ausformungen des sog. Normalarbeitsverhältnisses (Schicht, Flexi, Überstunden usw. - soll die 70-Stunden-Woche ein Standard werden?).

Dementsprechend reichen die Stundenlöhne von 2 oder 3 DM bis zu über 30 DM. Eine wesentliche Spaltungslinie ist die rassistische: Nur sehr wenige Deutsche und kaum WesteuropäerInnen arbeiten unter 10 DM, nur wenige Flüchtlinge und OsteuropäerInnen arbeiten über 20 DM/Std).

Dasselbe gilt für das Wohnen: Einige kämpfen mit Mieterhöhungen oder sie leben auf der Straße, andere leben in Abbruchhäusern oder Flüchtlingslagern, in Wohnwagen oder Containern, oder sie teilen sich mit drei anderen ein Zimmer in einer Pension.

Seit der sogenannten "Wiedervereinigung" ist der übliche garantierte Job mit garantierten Bedingungen, bei stabilen Lebensbedingungen usw. für BauarbeiterInnen ziemlich unüblich geworden. Aus rigiden Standards von früher wurden "ungeschützte Arbeits-verhältnisse" und eine hohe Mobilität zwischen Städten und Ländern. Viele garantierte ArbeiterInnen in Deutschland und in Europa wurden WanderarbeiterInnen und/oder TagelöhnerInnen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen einiger BauarbeiterInnen in Berlin und Umland entsprechen dem Standard der Metropole (der "Ersten Welt"), die von anderen eher den Bedingungen einer europäischen Peripherie und/oder des Trikonts (der "Dritten Welt") - und all das zur gleichen Zeit und in derselben Stadt!

MORGENSTUND IST UNGESUND

... Vielfältige Kämpfe - beim Bau einer Klasse?

In Deutschland gab es in den letzten Jahrzehnten nicht einen größeren BauarbeiterInnenstreik, weder selbstorganisiert noch durch die Gewerkschaft. Der Bausektor beruhte großteils auf einem nationalen "Deal" zwischen Staat, Gewerkschaft (IG Bau-Steine-Erden) und Unternehmern. Das bedeutet, daß deutsche BauarbeiterInnen so gut wie keine Kampferfahrungen haben, es gibt kaum Traditionen direkter Aktion oder selbstorganisierter kollektiver Stärke usw. Zwar gab es gegen die Massenentlassungen in der Ex-DDR einige Betriebsbesetzungen. Und es sollen 1993 über 100.000 BauarbeiterInnen in Bonn gegen die Abschaffung des Schlechtwettergeldes demonstriert haben, aber der Kampf wird bisher von der Gewerkschaft kontrolliert: Die IG BSE ist eine Gewerkschaft wie jede andere, d.h. sie versucht eher, die Auseinandersetzung zu kontrollieren als sie zu gewinnen, und sie nimmt seit Jahren immer wieder Reallohneinbußen für die BauarbeiterInnen in Kauf. Dazu kommt, daß die IG BSE bei den Spaltungsstrategien der Bosse mitmacht. Sie organisierte eine Kampagne gegen die sogenannten illegalen ArbeiterInnen, arbeitet mit den Bullen zusammen usw...

Andererseits gibt es (für Deutschland zumindest) neue Kampfformen, direkte Aktionen wie Kranbesetzungen (siehe die zusammengefaßten Zeitungsartikel) von Leuten aus verschiedenen EG-Ländern - was wir als etwas sehr Positives ansehen. Aber: Diese Kämpfe finden völlig isoliert statt, wir erfahren von ihnen nur durch die Medien, die hauptsächlich über Leute aus der EG berichten, kaum über Aktionen osteuropäischer MigrantInnen und praktisch gar nicht über Kämpfe illegaler ArbeiterInnen aus aller Welt. Diese Kämpfe sind nur die medienwirksame Spitze der Auseinandersetzungen, über die tagtäglichen Konflikte gibt es keine Berichterstattung.

Das zeigt unserer Ansicht nach die Notwendigkeit, über die spontane Aktionsbereitschaft kleiner Kolonnen und einzelner Baustellen hinauszugehen, uns mit ArbeiterInnen aus anderen Sprachgruppen zu verständigen, wenn wir in der Lage sein wollen, - zumindest mal - einige Minimalbedingungen durchzusetzen, unterhalb derer sie einfach keine/n mehr finden für ihre Arbeit...

Bauarbeit in Deutschland

Der folgende Presseüberblick besteht aus Zusammenfassungen von Zeitungsartikeln von Sommer und Herbst 1994. Wir drucken sie hier ab, weil sie eine Ahnung von der Lage auf dem Bau vermitteln, wie die Lage der BauarbeiterInnen in Berlin-Brandenburg sich darstellt. Vergeßt nicht, daß es systemkonforme Zeitungen sind, die sich um die Interessen der ArbeiterInnen einen Dreck scheren.

ArbeiterInnen aus Spanien

Spanier sitzen ohne Geld in Strausberg fest

(Märkische Oderzeitung, 1.8.1994)

Spanische BauarbeiterInnen in Petershagen nahe Berlin, die seit Wochen nicht bezahlt werden, geben an, das sei ihnen in Leipzig und Dresden schon passiert.

Spanier wollen bleiben, bis sie ihren Lohn erhalten

(Märkische Oderzeitung, 3.8.1994)

Seit dem 14. Juli arbeiten 24 spanische BauarbeiterInnen aus Malaga und Valencia in Petershagen nahe Berlin für die Fa. "BONUM-Immobilien", ohne bezahlt zu werden. Das spanische Konsulat half ihnen mit 300 DM. Einige von ihnen haben bereits über 500 DM Schulden bei ihrer Pensionswirtin. Die SpanierInnen bestreiken ihre Baustelle. Sie wollen bleiben, bis sie ihren Lohn bekommen. Sie sind angestellt bei einer niederländischen Agentur "Levant" [oder "de Vant"], die die ArbeiterInnen an die Firma von Wolfgang Sturm verlieh. Die ArbeiterInnen unterschrieben Verträge zu 26 DM pro Stunde. Das System funktioniert folgendermaßen: Ein Facharbeiter kostet in Deutschland etwa 65 DM. Die Agenturen verlangen 40 DM bis 50 DM, zahlen ungefähr 25 DM an die ArbeiterInnen aus und behalten den Rest. Sie zahlen keine Sozialversicherungsbeiträge und behaupten, die ArbeiterInnen seien "Selbständige".

Spanier bekamen endlich ihren Lohn - aber weniger als erwartet

(Märkische Oderzeitung, 5.8.1994)

Jemand von Homebau, Livingston, einer Firma, die mit der niederländischen "Levant" [oder "de Vant"] zusammenhängt, die die spanischen BauarbeiterInnen beschäftigte, zahlte diesen anstatt der erwarteten 2 500 DM nur 1 500 DM aus. Er sagte, der Bauherr sei mit der geleisteten Arbeit nicht zufrieden, und deswegen bekämen sie weniger Geld. Die spanischen ArbeiterInnen, unter ihnen eine Frau, verlangten mehr Geld, aber ohne Erfolg. Mit dem Geld, das die ArbeiterInnen erhielten, konnten sie gerade ihre Rechnung in der Pension bezahlen. Die meisten von ihnen wollen nach Hause zurück, einige wollen im nahegelegenen Fredersdorf arbeiten.

ArbeiterInnen aus Italien

Italienische Bauarbeiter besetzen Kran

(tageszeitung, 7.5.1994)

Italienische ArbeiterInnen besetzten einen Kran in Pankow, Berlin, und forderten die Auszahlung ihrer Löhne. Zwei Arbeiter drohten damit, sich vom Kran zu stürzen. Italienische Diplomaten vermittelten.

ArbeiterInnen aus Britannien und Irland

Arbeiter besetzen Kräne

(Der Tagesspiegel, 10.5.1994)

Englische Arbeiter besetzten zwei Kräne. Sie forderten die Auszahlung ausstehender Löhne. Der Generalunternehmer garantierte die Zahlung und die Arbeiter beendeten die Blockade.

Tausende britischer und irischer Bauarbeiter in Berlin. Dubiose Agenturen kassieren ab

(Berliner Zeitung, 28.6.94)

Es gibt über 6.000 britische und irische Bauarbeiter in Berlin. Viele wurden von niederländischen Agenturen angeheuert. Arbeiter wurden nicht bezahlt. Bei einem Arbeiter waren es 6.000 DM. Sein Subunternehmer verschwand mit 100.000 DM Bargeld (das für Lohnzahlungen vorgesehen war) und den Arbeitserlaubnissen. Die britischen und irischen Arbeiter kommen nach Berlin, weil hier die Löhne höher sind. Aber sie müssen dafür 60 bis 70 Stunden in der Woche arbeiten. Viele haben keine Arbeitserlaubnis oder werden zu Ein-Mann-Subunternehmern oder Selbständigen, damit der Arbeitgeber die deutschen Gesetze umgehen kann. Die Verleih-Agenturen machen ihr Geld, indem sie von beiden kassieren, vom Arbeitgeber, der die Arbeiter heuert, und von den Arbeitern, die einen Teil ihres Lohnes als Kommission abführen. Viele Agenturen operieren illegal und/oder zahlen keine Löhne aus. Viele Arbeiter gehen leer aus und versuchen, auf eigene Rechnung zu überleben. Einige arbeiten ohne Arbeitserlaubnis. Viele leben in ihren Autos oder in sogenannten Kakerlaken-Hotels für 100 DM pro Woche oder mehr. Jeden Monat melden sich zwischen 100 und 200 von ihnen beim britischen Konsulat, ohne Geld und ohne Ticket für die Heimreise auf die Insel.

ArbeiterInnen aus Portugal

Portugiesen verdienen die Hälfte

(Berliner Zeitung, 4.7.1994)

Die portugiesische Firma SOMEC hat einen Vertrag für die Friedrichstadt-Passagen im Zentrum von Berlin. 200 portugiesische BauarbeiterInnen arbeiten zwölf Stunden täglich an sechs Tagen die Woche und bekommen immer noch weniger als deutsche ArbeiterInnen mit 8-Stunden-Tag. SOMEC hat insgesamt etwa 12 000 portugiesische ArbeiterInnen auf Baustellen in Deutschland. Beim Projekt Friedrichstadt-Passagen ist SOMEC Subunternehmer für Steiner Infratec. Die portugiesischen ArbeiterInnen bekommen im Monat 2 500 DM netto für ihre 6-Tage-Woche einschließlich vieler Überstunden [nach unsern Informationen erhalten sie ca. 1 500 DM], FacharbeiterInnen kommen vielleicht auf 3 500 DM. Ein Arbeiter mit deutschem Paß käme auf bis zu 6 000 DM. In Portugal liegen die durchschnittlichen Löhne bei 50 000 Escudos, etwa 500 DM. Einige der PortugiesInnen sind schon seit Jahren hier, andere haben vorher in Rußland, dem Irak oder in Ägypten gearbeitet. Es gibt viele Unfälle auf der Baustelle. Ein Arbeiter, der bei einem Unfall verletzt worden war, wurde gekündigt, als er seine Arbeit wieder aufnahm.

Hungerstreik erfolgreich

(Neues Deutschland, 17.9.1994)

In Leipzig traten 20 portugiesische ArbeiterInnen in Hungerstreik, weil ihr Arbeitgeber Dürk aus Bad Reichenhall sie nicht bezahlte. Dürk zahlte ihnen daraufhin 200 DM aus und versprach, den Rest später zu bezahlen. Die Lebensbedingungen sind sehr schlecht. In jedem Container sind drei Portugiesen untergebracht, mit Plastikfolie vor den Fenstern. Sie arbeiten sechs Tage in der Woche, 15 Stunden am Tag. (Dürk beschäftigt ArbeiterInnen aus Portugal, Britannien und der Türkei und zahlt ihnen 20 DM pro Stunde.) Die Hungerstreikenden haben seit Mitte Juli keinen Lohn gesehen. Dürk sagte zuerst, das sei nicht seine Schuld, denn für die Lohnzahlung sei der portugiesische Subunternehmer verantwortlich. Der war jedoch bankrott gegangen. Dürk zahlte schließlich.

BASTA!

ArbeiterInnen aus Deutschland

Wochenlang keinen Lohn: Kran blockiert

(Berliner Zeitung, 14.6.94)

Unternehmer Pape zahlte wochenlang keine Löhne. Ein Arbeiter kletterte auf einen Kran auf einer Baustelle in Marzahn, Berlin, andere blockierten die Einfahrt und verteilten Flugblätter an die Bevölkerung, in denen die Zahlung der Löhne gefordert wurde.



Bauarbeiter protestieren

Wer wir sind?

Wir sind eine kleine Gruppe. Die meisten von uns haben einen deutschen Paß, einige arbeiten im Bausektor. Wir haben die Entwicklungen in Berlin-Brandenburg in den letzten Jahren beobachtet und darüber diskutiert. Wir denken, daß die BauarbeiterInnen eine Art "Schlüsselfigur" in den kommenden Kämpfen gegen den Kapitalismus in der Region sein werden. Wir brauchen selbstorganisierte und nicht-hierarchische Strukturen der Initiative und Solidarität. Wir müssen Spaltungen wie die rassistische, sexistische, nationalistische usw. überwinden. Wir bieten unser Wissen an, unsere Möglichkeiten und Kontakte und unseren Willen und Wunsch, zu kämpfen und zu gewinnen. Wir schlagen den Aufbau eines (Bau-)ArbeiterInnenzentrums vor. Macht mit und bringt eure Ideen und Initiativen ein!

Kontakt über M 99, Kreuzberg 36, Manteuffelstr. 96, 10997 Berlin

Probleme und Fragen sowie *Ideen und Vorschläge* für ein (Bau-)ArbeiterInnenzentrum

Löhne werden nicht gezahlt, Firmen machen pleite, Unfallzahlen hoch usw.: Was tun?	**Schwarze Liste von Firmen, Archiv mit Informationen über Baufirmen, Baustellen, Probleme, Aktionen...**
Ihr seid neu in der Stadt oder isoliert auf eurer Baustelle. Ihr braucht Hilfe? Ihr seid nicht erreichbar, habt keine feste Adresse?	**Infotelefon, Briefkasten, regelmäßige Treffen im Zentrum**
Ihr sucht eine Unterkunft, überlegt euch zu besetzen: Wer kann euch ein paar Tips geben?	**Kontakte zu Besetzungsgruppen und MieterInnenläden**
Ihr habt eine Auseinandersetzung mit eurem Boss. Wer kann euch helfen? Wie können andere davon erfahren?	**Informationsnetz für alle, BauarbeiterInnen-zeitung, Austausch über Erfahrungen**
Ihr wollt ein Flugblatt machen. Wo könnt ihr es setzen (übersetzen?) und drucken?	**Es gibt eine ganz gute Infrastruktur hier, Kontakt über das Zentrum**
Kosten für Anwälte. Druck von Flugis, Miete für das BauarbeiterInnen-Zentrum usw.	**Kampfkasse? Sammeln? Soliparties?**

Der Abschiebestopp für Kurden ist das Papier nicht wert, auf dem er steht !

Am 27. Dezember wurde Talip Dogan in die Türkei abgeschoben

Am 27.12.94 wurde Talip Dogan trotz des angeblich bestehenden Abschiebestopps in die Türkei abgeschoben. Auch wir haben, nach den Krokodilstränen der Herrschenden über die Urteile in den Prozessen gegen die DEP-Abgeordneten und die Brandstifter von Sivas, nicht damit gerechnet, daß vor dem 20.1.95 Kurden abgeschoben werden würden. Genau wie an Ostern, als erstmals versucht wurde, KurdInnen abzuschieben, die sich an der verbotenen Newrozfeier am 19.3.94 in Augsburg beteiligt hatten, hat der bayerische Abschiebeminister G. Beckstein jetzt wieder den Versuch gestartet, im Schutz von Feiertagen Fakten zu schaffen. Leider ist ihm das dieses Mal gelungen.

Auf die Ereignisse vom 19.03.94 wollen wir hier nicht noch einmal eingehen, sondern uns auf die jetzigen Vorfälle und die Betroffen beschränken.

Die Abschiebung

Am 23.12. erfuhren die Anwälte von Talip Dogan und Fariz Simsek, daß ihre Mandanten am 27.12. in die Türkei abgeschoben werden sollen. Der Abschiebestopp gelte nicht für sie, da sie Straftäter seien. Dazu später mehr. Beide Anwälte versuchten ihr möglichstes, um die Abschiebung im letzten Moment zu stoppen, dies gelang nur im Fall der Familie Simsek. Talip Dogan wurde am 27.12 um 13.05 Uhr von drei Bgs lern in ein Flugzeug gebracht und nach Istanbul geflogen. Seine Ankunft wurde mit Bildern vom Flughafen in den Nachrichten des türkischen Fernsehens gemeldet. Er selbst wurde am Flughafen festgenommen, aber nach einer dreistündigen Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt. Im Fernsehen, sowie in deutschen und türkischen Zeitungen wurde sein voller Name mit dem „Titel" PKK-Aktivist genannt.

Die Vorgeschichte

Talip Dogan wurde am 19.03.94 in Augsburg an der Dampfbläserhalle festgenommen und später dem Haftrichter vorgeführt; seitdem befand er sich in Untersuchungshaft. Am 4.7.1994 wurde er vom AG Augsburg wegen Nötigung, schwerem Landfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte zu einen Jahr auf Bewährung verurteilt. Er wurde aber nicht aus der Haft entlassen, sondern in Abschiebehaft genommen. Der Termin der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Augsburg ist auf 6.2.94 angesetzt.

Fariz Simsek wurde — zusammen mit einem kurdischen Freund — am 9.4.94 am Rande einer von amnesty international angemeldeten Demo in der Augsburger Innenstadt festgenommen. Beide wurden dem Haftrichter vorgeführt und in U-Haft gesteckt. Während sein Freund nach etwa einem Monat entlassen wurde und später einen Strafbefehl bekam (der sich in etwa mit der abgessenen Zeit deckte), wurde das Verfahren gegen Fariz Simsek „aufgrund einer zu erwartenden Abschiebung" eingestellt und er in Abschiebehaft überführt.

Die Lügen

Beckstein versicherte am 15.12.94 in einer Parlamentsdebatte, „daß bis zum 20.01.95 keine Fakten geschaffen werden, die Menschen in Gefahr bringen". Wir wollen uns nicht auf eine Argumentation Straftäter / nicht Straftäter, gute und böse KurdInnen einlassen, denken aber, daß einiges in ein anderes Licht gerückt werden muß. Keiner der beiden ist, wie ja schon oben ersichtlich ist, rechtskräftig verurteilt.

Zum Thema „maßgeblich an den Ausschreitungen beteiligt" zwei Beispiele: Talip Dogan ist (nach einem Kurden, der nach dem Jugendstrafrecht verurteilt worden ist) derjenige, der in den jetzt laufenden Verfahren die niedrigste Strafe erhalten hat. Der Freund Fariz Simseks, der mit ihm festgenommen wurde, hat an Weihnachten eine Ausweisung mit der selben Begründung („maßgeblich beteiligt) erhalten. Er wurde aber nur wegen seiner Anwesenheit an der Halle verurteilt.

Zum Kapitel „bloß nicht reinpfuschen lassen" gehören auch die folgenden Aussagen: Dem Anwalt von Talip Dogan wurde zugesagt, daß sein Mandant im Jahr 1994 nicht mehr abgeschoben werden würde, schon allein deshalb, weil keine Plätze in Flugzeugen zur Verfügung stünden. Einer Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90 / Die Grünen wurde vom BGS am Münchner Flughafen mitgeteilt, daß außer der Familie Simsek niemand auf der Liste stünde. Der Flughafensozialdienst hat MdL E. Köhler am 27.12. um 11.45 Uhr mitgeteilt, daß doch ein zweiter Kurde (T.D.) abgeschoben werden solle. Das alles zeigt, wie wichtig es Beckstein war, sich an diesem Punkt durchzusetzen und nicht wie an Ostern eine Schlappe einzustecken.

Die Ziele

Radio Bayern 5 zitierte G. Beckstein mit den Worten : „der Abschiebestopp gilt in Bayern nicht für Straftäter" und „wer ein Straftäter ist, bestimmen die zuständigen Ausländerbehörden". Auch wenn solche Aussagen der Hammer sind, bringt es nichts, auf dieser Ebene zu argumentieren. Wir sind uns sicher: Würde Fariz Simsek vor Gericht gestellt, würde er genauso verurteilt werden wie die, deren Verfahren bereits stattgefunden haben. Damit wäre er ein „Straftäter" und die Argumente den Bach hinunter.

Becksteins frohe Botschaft zu Weihnachten war die: Wir in Bayern schieben trotz Abschiebestopp ab, denn wir haben es hier ja schließlich mit Straftätern zu tun. Und siehe da, der Abgeschobene bleibt in der Türkei auf freiem Fuß und die türkische Regierung verspricht Verfahren nach rechtsstaatlichen Prinzipien; deshalb ist auch keine Verlängerung des Abschiebestopps nötig (siehe die Bundestagsdebatte, die für den 19.01.95 zu diesem Thema vorgesehen ist). Und nach den „Straftätern" kommen dann die anderen dran.

Es ist klar, daß der Druck für die betroffenen Menschen immens steigen wird, wenn jetzt Ausländerbehörden



darüber entscheiden können sollen, wer ein „Straftäter" ist. Der Kriminalisierung und der Abschiebewut werden damit weitere Türen und Tore geöffnet.

Die mangelnde Solidarität

Im Moment hallt das Medienecho an allen Ecken. Wir können aus Erfahrung sagen, daß das nicht lange anhalten wird und auch nicht allzuviel bringt. Trotz Medienrummel und einer Eingabe an den Petitionsausschuß des bayer. Landtags, denkt Beckstein laut über eine Abschiebung der Familie Simsek noch vor dem 20.01.95 nach.

Nach anfänglich großem Medieninteresse an den Prozessen wegen Newroz '94 ist der Gerichtssaal jetzt gähnend leer, die Familien oder Freunde der Angeklagten (soweit vorhanden) sind mit den Polizisten alleine. Jeder einzelne Prozeßtag wäre für alle „guten Demokraten" ein kleiner oder großer Justizskandal. Die Justiz hält sich wieder einmal nicht an ihre eigenen Spielregeln. Nur es juckt niemanden.

In Augsburg bekommen wir oft zu hören, daß die KurdInnen zwar in der Türkei unterdrückt seien, aber ihren Krieg hierher zu tragen, das ginge nicht. Für alle, die so denken, wollen wir hiermit noch einmal ganz deutlich sagen:

1. In Augsburg und in den anderen Städten (bzw. Autobahnen) hat kein Krieg stattgefunden.
2. Die BRD ist durch die Waffenlieferungen und Gelder an die türkische Regierung schon längst Kriegspartei.

Ausblick

Nun steht Newroz '95 auch schon fast vor der Tür, und wir gehen davon aus, daß auch in diesem Jahr die Newrozfeiern hier verboten oder behindert werden. Das wäre dann das zweite Newroz, das in der Türkei erlaubt und in Deutschland verboten wäre. Trotzdem wird auch 1995 in Deutschland Newroz gefeiert werden. Wir fordern alle Menschen auf, sich an den Newrozfeiern zu beteiligen.

— (EA Augsburg, Ende Dezember 1994. — P.S. Unser Pressespiegel ist immer dicker geworden und immer noch erhältlich.)



Warum "INSTINKT"e[1] nicht revolutionär seien können !

In der Interim Nr. 289 sind die sogenannten "Erdbefreiungsaktionen 1994" (S. 33) abgedruckt worden: weder mit dem Hinweis darauf, von welchen Gruppen dies eingesandt wurde, geschweige denn, was mensch unter "Erdbefreiung" inhaltlich zu verstehen und ob dies überhaupt etwas in einer linksradikalen Zeitung zu suchen hat. Um es vorwegzunehmen: Die nun folgende Kritik an den Inhalten von 'erdbefreienden' Gruppen wie "Earth first" und "Frontline", festgemacht an ihrer Zeitung "Instinkt" (in deren Nr.4; S.22 wir nämlich die "Erdbefreiungsaktionen 1994" wiedergefunden haben), ist von uns (noch) solidarisch gemeint; d.h. auch wir sehen einen Fehler der Linken darin, daß Begriffe wie "Spiritualität" von vornherein tabuisiert[2] oder gar als "faschistisch" belegt, sowie Tierunterdrückung und Naturzerstörung höchstens als Nebenwidersprüche behandelt werden. Doch gerade im Wissen, daß diese Gebiete nicht nur historisch schon einmal wichtige Stützen vom Nationalsozialismus waren[3], sondern auch heutzutage in großem Ausmaße von der Neuen Rechten benutzt werden, ist ein genauer Umgang mit Begriffen, Symbolen etc. absolut notwendig und es reicht überhaupt nicht aus, sich wie in der "Instinkt" nur verbal davon zu distanzieren. Es müssen vielmehr klare inhaltliche Kategorien entwickelt werden, die es auch linken Gruppen ermöglichen, sich auf diesem Terrain zu bewegen (Wir wollen von hier aus erstmal nur darauf hinweisen, daß wir diese Diskussion für die Linke existentiell notwendig halten, selber dabei allerdings erst am Anfang stehen und uns mit Perspektive auf den "Autonomie- Kongreß" zu Ostern 95 in Berlin noch näher äußern werden). Deswegen und wegen der Zeilen im faschistischen Blättchen "Irminsul"(1/85 !): "Löst doch den NDP-Haufen endlich auf ! Was Besseres könnte gar nicht passieren! Geht in die Basis ! Arbeitet bei Grünen, Alternativen, Nationalrevolutionären usw. mit. (...) Und wenn man Rechte dort nicht will, sagt ihnen, daß das Ziel 'grün' ist und nicht 'rot'..." fordern wir die Interim auf, nicht mehr unhinterfragt Texte aus diesem Bereich zu veröffentlichen und von den GenossInnen (sofern sie sich als solche überhaupt verstehen) in den oben genannten 'Erdbefreiungsgruppen' erwarten wir (vielleicht im Rahmen einer hiermit beginnenden Diskussion), daß sie ihre Inhalte auf biologistisches und rechtes Gedankengut bzw. Tendenzen hin überprüfen und diese dann rausschmeißen. Ansonsten ...

Zur Methodik: Da es unseres Wissens nach keine einheitliche Erdbefreiungstheorie gibt und sich auch die Artikel in den einzelnen Zeitungen teilweise widersprechen (was wir nicht schlimm finden), können wir uns hier 'nur' auf häufig vorkommende/zentrale Begrifflichkeiten bzw. Kategorien beziehen. Unter den einzelnen Punkten werden jeweils diese Begriffe definiert, um danach im Detail (d.h. in den erdbefreienden Schriften) anhand der dort entwickelten Kriterien die oben genannten Vorwürfe zu beweisen:

1) VORSTELLUNGEN VON NATUR:

Der **rechte Naturbegriff** zählt zu den wesentlichen Ideologieelementen in allen rechtsextremen und teilweise auch in konservativen Theorien. Er beruft sich biologistisch auf die Naturgegebenheit bestimmter politischer (bzw. sozialer) Konstanten, um diese Vorgaben als "organisch" oder "natürlich" zu bezeichnen und damit unveränderlich und unhinterfragbar zu machen[4]. In einer absoluten Negierung der menschlichen Willens- und Entscheidungsfreiheit konstruiert er die menschliche Natur und damit die Vorgaben für ein richtiges Leben als statisches, von Geburt an gegebenes Gemisch aus Trieben, Instinkten etc., welches festgeschrieben wird durch die Naturgesetze [5]. In perfekter Arbeitsteilung war/ist es dabei zentrale Aufgabe der Naturwissenschaft (speziell von Biologie und Verhaltensforschung) und zwar sowohl im historischen Nationalsozialismus wie auch heute bei der Neuen Rechten, diese Gesetze zu erkennen, während es die Aufgabe der Faschisten war/ist, diese auf den Menschen und die Gesellschaft anzuwenden (Die Differenzen in den div. rechtsradikalen bzw. konservativen Theorien lassen sich auch auf die unterschiedlichen Auslegungen dieser angeblichen Naturgesetze zurückführen. Während es bei der 'Neuen Rechten' vor allen Dingen die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse von Konrad Lorenz sind, d.h. die Theorie der sechs grundlegenden Triebe die den Menschen

---

[1] Instinkt: "Naturtrieb, angeborene Verhaltensweise ..." (Mackensen; "Deutsches Wörterbuch; S.541; 1983) / Die altdeutsche Schrift ist übrigens original übernommen ! Beziehen könnt ihr den dazugehörigen Rest über: Morgaine; Robert-Koch-Str. 81; 44143 Dortmund.

[2] "Auch die Religion ist nicht nur der Stoßseufzer des unterdrückten Volkes, sein Opium. Religion kann, wie in Europa, unterdrückerische, autoritäre und zutiefst repressive Werte verkörpern. Die Religionen der amerikanischen Indianer dagegen, deren Grundlage die Einheit mit der Natur ist, können indigene Völker zu harmonischen, lebenserhaltenden Verhaltensmustern anleiten und sind von einer Spiritualität getragen, die nicht die Reaktion auf die Unterdrückung in einer hierarchischen Klassengesellschaft ist." (Bill Tabb; "Das indigene Amerika und die marxistische Tradition"; S.236; 1983)

[3] siehe Eduard Gugenberger/ Roman Schweidlenka "Mutter Erde - Magie und Politik" 1986; S. 28/29 bzw. 101 ff.

[4] vgl. Michael Venner; "Nationale Identität" 1994; S.11 ff.

[5] Ein kleiner Querschnitt durch die diversen Zitate rechter Personen/Gruppen beweist diesen Schnittpunkt der breit gefächerten rechten Szene: So kämpft der Armanenorden mit seiner Zeitschrift "Irminsul" "für die Wiedergeburt einer Lebensgestaltung auf der Grundlage der naturgesetzlichen Weltordnung", während Joachim Kardinal Meisner (Erzbischof von Köln) glaubt, daß "(...) das letztlich entscheidende Naturgesetz ein moralischer Anspruch ist. Die Schöpfung selbst lehrt uns, wie wir auf rechte (sic!) Weise Mensch sein können und die Welt bewahren sollen ...". Auch der konservative Historiker Thomas Nipperdey sieht in der Rückkehr zur Natur das Bestreben nach moralischer Vervollkommnung. etc.

bestimmen, ist dies bei den Nationalsozialisten die ariosophe Lehre ('Ario-Germanen' als Ausgangs- und Endpunkt göttlich-kulturschöpferischer Entwicklung) von den "Wurzelrassen" gewesen[6] und heutzutage im New Age die Quantenphysik[7]. Treffen tun sie sich dann natürlich wieder bei der Auswahl der Naturwissenschaftler, die sie aufbereiten; nämlich nur solche, die auch ihr Weltbild: d.h. Autorität, Hierarchiedenken, Elitarismus, Nationalismus, Ordnungsdenken, Sozialdarwinismus, Rassismus, organischer Volksbegriff, Verschwörungstheorien, Patriarchalismus usw. an der Natur 'beweisen'. Diese Merkmale runden allerdings die rechtsextreme Theorie 'nur' ab; ein Begriff von Natur ist auch dann strukturell rechts, wenn er ganz andere Prinzipien beweist ![8]) Insofern ist der rechte Naturbegriff nicht irrational, sondern fest verwurzelt in der europäischen Logik bzw. im Vertrauen auf die Wissenschaft als einzige Quelle von Wahrheit (wo auch der explizit wissenschaftliche Anspruch des Marxismus erstmal nicht heraus fällt). Soziale Probleme werden so auf ein "widernatürliches" Leben, d.h. auf den Verstoß gegen biologische Naturgesetze zurückgeführt und damit legitimiert bzw. als berechtigt empfunden[9]. **Als rechts und konservativ definieren wir daher einen Begriff von Natur, der davon ausgeht, daß Natur durch Naturgesetze ein für allemal festgelegt wird (d.h. statisch ist) und daß deren Erkenntnis (durch Naturwissenschaft) zu politischen Forderungen (nach einem "natürlichen Leben") führt** (Nur ein solcher Begriff von Natur kann z.B. zu "Rassen-Theorien" überhaupt und im speziellen zur "Überlegenheit der arischen Rasse" führen). Ein fahrlässiges Übergehen dieses für faschistische Theorien zentralen Begriffes sehen wir auch in diversen linken Theorien. So setzt Peter Kratz in seinem Buch "Die Götter des New Age" (wohl das Standardwerk der linken Anti-Esos) bei der Bestimmung von Gemeinsamkeiten zwischen Faschismus und New Age eben nicht beim größtenteils identischen Naturbegriff an (sondern reproduziert diesen in Teilen sogar, indem er ihn für die gesamte nichtmenschliche Natur zuläßt[10]), sondern bei deren Verabsolutierung durch die pantheistische Spiritualität (Lehre, in der Gott und Welt identisch sind; im Gegensatz z.B. zum Christentum, wo die Welt Gottes Schöpfung ist). Damit hebt er nicht nur den Menschen aus der Natur heraus, sondern führt unserer Meinung nach weg vom eigentlichen Problem. Denn aus dem Pantheismus wird nur dann eine rechtsextreme Spiritualität, wenn der oben benannte Naturbegriff die Basis davon bildet[11]. Und wenn die FaschistInnen Sigrid Hunke oder Alain de Benoist noch so lange behaupten, daß der Pantheismus nur durch die "arischen Nordeuropäer" erkannt werden kann, sagt das noch lange nichts über den Pantheismus aus, sondern nur über den Naturbegriff dieser Menschen. Eine pantheistische Spiritualität könnte mit einem grundlegend anderen Naturbegriff durchaus fortschrittlich sein. Dieser fortschrittliche Naturbegriff ist bei den Erdbefreiungsgruppen "Earth first" und "Frontline" absolut nicht vorhanden, vielmehr wird von ihnen (ziemlich selbstbewußt und überheblich) strukturell rechts argumentiert:

So ist ein wesentlicher Punkt ihrer Naturideologie *die Vorstellung von der Natur als einem statischen Gebilde*. In diesem Gebilde nimmt jedes Teil seinen/ihren festgeschriebenen Platz ein, welcher von Naturgesetzen vorbestimmt ist: "Einst glorreich wandelnd auf dem sonnigen Pfad der Rechtschaffenheit, im Einklang lebend mit den Gesetzen der Natur, wälzt der Mensch sich nun im tiefsten, stinkenden Morast aus Selbst- und Habsucht." (Instinkt Nr.4; S.5) Sätze wie diese, die in allen bisher erschienen Zeitungen in Hülle und Fülle zu

---

6 vgl. E.Gugenberger/ R.Schweidlenka "Mutter Erde - Magie und Politik" S.138 ff.

7 "Einer der führenden deutschsprachigen New-Ager ist Hans-Peter Dürr (Direktor des Werner-Heisenberg-Instituts (Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik München) (...) Aber wenn Dürr eine göttliche Instanz als den eigentlichen Grund menschlichen Handelns annimmt und sodann die Physiker - oder richtig: eine kleine Gruppe philosophierender Quantenphysiker, die sich vor allem um Adolf Hitlers Atombombenbauer Werner Heisenberg gruppierte - als die einzig legitimierten Übersetzer eines angeblichen göttlichen Willens präsentiert, so ist diese politische Konsequenz mitgedacht. Eine Elite 'wissender Priester', hier als philosophierende Physiker, weist den Weg, der für die Massen nicht zu sehen ist." (Peter Kratz; "Die Götter des New Age"; S.89/90; 1994)

8 Daher ist uns der von Peter Kratz für das rechte Naturverständnis verwendete Begriff vom "Organizismus" (vgl. Peter Kratz; S.40) zu speziell, da dieser schon eine hierarchische Vorstellung von Natur beinhaltet.

9 So z.B. die 'Lebensschützerin' und 'Makrobiotikerin' Gerlinde Haberl: "Somit ist der Mensch auch für jede Krankheit verantwortlich, die niemals zufällig von außen her auf ihn zukommt. Krank werden wir, wenn wir gesündigt, d.h. uns in irgend einer Weise abgesondert haben von der Natur, von den kosmischen Gesetzen. Krankheit und Leid sind daher eine Gnade und Hilfe, zu der natürlichen Ordnung zurückzufinden." ("Leben"; S.11/12; 1978)

10 Durch Behauptungen wie: "In der Natur herrschen nicht die Werte der Französischen Revolution, sondern Gebundenheit an die vorgefundenen Verhältnisse, Ungleichheit der Individuen und das Recht des Stärkeren im Kampf ums Dasein." (Peter Kratz; s.o.; S.12)

11 Ganz deutlich wird dies auch an anderer faschistischer Stelle, nämlich bei Walter Künneth, der versuchte Protestantismus und Nationalsozialismus zu versöhnen: "(...) Rasse, Volk und Staat werden als Gesetz Gottes, als seine Ordnungen anerkannt, die im Kampfe gegen die zerstörenden Mächte der Unordnung die Welt und die Menschheit vor dem Sturz in chaotischen Untergang erhalten sollen." ("Antwort auf den Mythus"; 1935; S.188) Kategorien (wie Rasse, Volk und Staat), die erwiesenermaßen Konstrukte europäisch-bürgerlichen Denkens sind, dem Religionsverständnis anzuhängen, daß tausende Jahre älter ist, können auch wir nur als Mißbrauch bewerten. Da wird eben nichts mystisch erschaut (wie Peter Kratz behauptet), sondern knallhart von der naturwissenschaftlichen Basis der Rasse argumentiert.

finden sind, zeigen einen organizistischen Hintergrund an[12]. So darf das Verlassen der quasi 'gottgewollten Position' innerhalb der Ordnung (z.B. aus Eigennutz) im Interesse des geforderten Vorranges des Ganzen nicht zugelassen werden, denn dies hätte zum einen durch Disharmonie verursachte katastrophale Folgen (wie Umweltproblematik, Fluchtbewegungen, Unterdrückung etc.) und zum anderen führe es zur Liquidierung derer, die sich anmaßen die Naturgesetze zu mißachten[13]. Unter Überschriften wie "Zurück zu den Wurzeln" fordern sie daher "alle nur möglichen Aktionen, um ein für allemal die natürliche Lebensweise des Menschen wieder einzuführen". (Nr.4; S.5) Dabei propagieren sie als Ziel ein harmonisiertes Sich-Verhalten der Teile untereinander, d.h. eine durch die natürliche Ordnung erzwungene Harmonie (z.B. Nr.1; S.2). Dieses Harmonieverständnis basiert auf einer Reduktion des Ganzen auf zwei Teile bzw. Pole (z.B. Licht und Schatten, Gut und Böse etc.), wie es sich bereits weiter oben im Zitat angedeutet hatte[14]. In der "Instinkt" Nr.3; S.12 ist dann auch zur Begründung ein Artikel zu finden, der "Naturgesetz" heißend versucht, mittels wissenschaftlicher Studien eine sogenannte "Rückkopplungstheorie" zu untermauern, in der Leben an sich und in seiner Entwicklung als Ergebnis von Symbiose und Kooperation angesehen wird. Im gleichen Artikel heißt es später: "Könnte die Entdeckung, daß Individualität im Grunde ein Gemeinschaftsunternehmen ist, uns zu einer neuen Art von Holismus führen, zu einer Ganzheitlichkeit die den scheinbaren Konflikt zwischen individueller Freiheit und kollektiven Bedürfnissen auflösen kann ?" Solche Überlegungen führen nahtlos zu Gedanken, *in denen eine quasi religiöse Botschaft in der Logik der biologischen Kooperation gesehen wird. Und genau hier schließt sich der Kreis mit den Naturgesetzen, die in diesem Moment unhinterfragbar zu "Wahrheit" werden.*[15] Peter Kratz schreibt dazu, daß "die organizistische Behauptung, das Interesse des Ganzen sei gleichzeitig das Interesse der Teile (...) sich wegen der Unbestimmtheit des Interesses des Ganzen weder hinterfragen noch konkretisieren läßt. Diese Unbestimmtheit und die Organizismus immanente Rechtfertigung der Ungleichheit (...) als Grundlage des Ganzen und als Ausdruck und (...) Wirkweise des Göttlichen, machen den Organizismus zur idealen Unterdrückungsideologie." (s.o.; S.41) Die Komponente des Veganismus[16], der sich wie ein Leitfaden menschlicher Handlungsanweisungen durch alle Veröffentlichungen hindurchzieht ("Vegan zu leben ist das mindeste, was du tun mußt. Das ist keine persönliche Entscheidung, sondern deine verdammte Pflicht" Nr.1; S.2), fügt sich gut in die bisher dargelegte Überlegung, da sie das Instrumentarium bietet, durch das diese 'natürliche Ordnung' ihre Hierarchisierung erfährt und ähnlich der 'göttlichen' Entdeckung in der Biologie sich als unhinterfragbar und unveränderbar erweist. So kann mensch in "Instinkt" Nr.4; S.7 lesen: "Es ist einfach zu beobachten, daß jene Tiere, die von Früchten, Nüssen und Pflanzen leben, viel weniger aggressiv und territorial sind als räuberische, aasfressende und parasitäre Tiere wie die Menschen, die davon leben, andere Kreaturen zu berauben und zu töten. Dies ist vielleicht eine Erklärung dafür, warum Menschen weltweit pro Minute 2,5 Mrd. DM dafür ausgeben miteinander zu kämpfen ..."[17]. Soziale Eigenschaften werden hier ganz klar biologistisch begründet und wir fragen uns wie groß der

---

[12] Organizismus: "Er dient dazu, den biologischen Organismus mit seinen von Verschiedenheit geprägten Gliedern und mit seinem die Einzelnen übergeordneten Interesse der Gemeinschaft zusammenfassenden Prozeß als einzig gültiges Vorbild für alles Geschehen in der Welt zu postulieren." (Peter Kratz; S.40; s.o.)

[13] Während es in der "Instinkt" Nr.4, S.2 noch relativ passiv heißt: "Die Welt wäre ein besserer Ort, wenn Du und Deinesgleichen nie geboren worden wären." werden die AutorInnen eines Flugblattes von "Frontline" in ihrer Vorstellung von Liquidierung schon deutlicher und aktiver: "Wenn du vom Leiden anderer lebst, dann wird die Welt ein besserer Ort sein wenn du stirbst".

[14] Die positive Bezugnahme dabei auf das Licht hat ebenfalls ihre Vorläufer. So benutzten die Nazis im Gegensatz zu "Earth first" und "Frontline" kein 3- sondern ein 4-armiges Hakenkreuz ("Wir wissen, daß den arischen Menschen, als sie ihre nördliche Heimat verliessen und nach Süden zogen, ein Zeichen gemeinsam blieb: das Zeichen der Sonne. Alle ihre Kulte bauen sie auf Licht ... Es ist das Hakenkreuz der einst von arischer Kultur gegründeten Gemeinwesen." A. Hitler, "Sämtliche Aufzeichnungen"; S:185/186).

[15] Dies ist die von Thomas Meyer für den 'Fundamentalismus' beschriebene "Rückkehr des Absoluten in die Politik", die sich durch die maßlose Überschätzung der eigenen Theorie als "Hört diese eine Wahrheit" (z.B. Nr.4; S.2), "Erleuchtung" (z.B. Nr.2; S.2) etc. ausdrückt. Damit wird die unselbstkritische Unhinterfragbarkeit der eigenen Dogmen konstruiert.

[16] Um es gleich zu sagen, wir haben keine Probleme mit Veganismus als subjektive, moralische Entscheidung. Die hier angeführte Kritik an ihm bezieht sich daher erstmal ausschließlich auf die Art des von "Earth first" und "Frontline" gebrauchten Veganismus. Andere VeganerInnen haben hoffentlich bessere Argumente und eine grundlegende Kritik am Veganismus allgemein kann hier nicht geführt werden, obwohl wir hier schon sagen wollen, daß wir Veganismus als politische Forderung falsch finden.

[17] In dieser Wertung finden sich auch wieder erschreckende Parallelen zu faschistischen Kreisen. So darf nicht vergessen werden, daß auch A.Hitler und H.Himmler überzeugte Vegetarier waren (siehe Gugenberger/Schweidlenka "Mutter Erde - Magie und Politik"; S.106) und zwar sicher mitbegründet durch die von Herman Wirth entwickelte und neuerdings durch Hermann Dörr weiterentwickelte Theorie, daß nur Vegetarier kulturschaffend wirken könnten und die Ursache allen Unglücks in dieser Welt der Tiermord sei: "Kehrt der Mensch zum Urgesetz der natürlichen Ernährung zurück, gewinnt er augenblicklich die ganze Freiheit zurück, die er durch den Tiermord in der Frühe verlor." (Hermann Dörr, "Das Erbe der versunkenen Kultur"; Bd.2; S.47; 1978) (im Vergleich dazu noch ein Zitat aus der "Instinkt" Nr.4; S.5: "Erst mit der Nutzbarmachung des Feuers fand er/sie Geschmack an der neuartigen Zubereitung seiner/ihrer Nahrung durch Feuerhitze. Dunkelste Gedanken und Gefühle breiteten sich in ihrem/seinem Kopf und Herzen aus, die Bande aus Liebe und Empathie zerreißend, das vorher für Zusammenhalt und gegenseitige Hilfe gesorgt hatte, und er/sie lernte, sich Waffen herzustellen, und diese zum heimtückischen Mord an seinen/ihren Tierbrüdern und Tierschwestern zu verwenden, und ihre Leichenteile mit Salz und Gewürzen schmackhaft zu machen. (...) Das Ergebnis sehen wir heute in dem, was Zivilisation genannt wird.")

Schritt zum genetisch als parasitär festgelegten Tier/Mensch noch ist[18]. Es wird also auf zwei Ebenen hierarchisiert: 1. Wertende Eigenschaften wie 'friedliebend', 'gebietsbeanspruchend' werden über den Magen-Darm-Trakt erklärt und festgelegt. 2. Die Tötung von pflänzlichem Leben wird letztlich als moralisch bedenkenlos ausgegeben. In diesem Punkt wird auch die von "earth first" und "frontline" konstruierte Unterscheidung/Hierarchisierung zwischen fühlendem und nicht-fühlendem Leben deutlich[19] [19] und beides zusammen hat schwerwiegende Konsequenzen. Denn der Versuch, die vegane Lebensweise nicht nur moralisch zu rechtfertigen, sondern auch wissenschaftlich zu begründen, bei gleichzeitigem Bemühen die fleischfressende Realität der Menschheit, als Hauptwiderspruch, zu der eigentlichen Ursache für Kriege, Unterdrückung, Vergewaltigung zu erklären, macht aus dem Biologismus-Vorwurf eine schwer abweisbare Tatsache. Trotz des Versuchs sich vom Sozialdarwinismus zu distanzieren, bleiben Elemente davon durchaus erhalten, die so nicht einmal im Widerspruch mit dem von ihnen zum Ausdruck gebrachten Organismus-Begriff stehen. *Die Naturgesetze als Rahmen menschlichen Lebens unübertretbar, der Mensch wissenschaftlich bewiesen als frugivore*[20] *, wird nun durch seinen Magen-Darm-Trakt einerseits und die vergöttlichte natürliche Ordnung andererseits in Teilen seiner gesellschaftlichen Strukturierung festgelegt. Kulturelle, soziale Aspekte, zu denen auch Ernährung zählt, werden über die Gesetze der Biologie und Physik als Leitlinien für gesellschaftliches Handeln vorgegeben.*

Der Kritikpunkt an einer solchen Vorgehensweise ist die Naturalisierung von sozialen Vorgängen. Hunger, Unterdrückung, Sozial-Revolten werden als Folgen des Fleischkonsums gesehen, ebenso wie Versteppung, Treibhauseffekt oder die Zunahme von Krankheiten, also biologisch begründet. Zu welchen Fehlern dies in der Praxis führen muß, wenn dadurch Sexismus und Rassismus als Nebenwidersprüche zum Hauptwiderspruch 'Fleischfressen' gesehen werden[21], deutet sich an ("Wenn wir von der Zahl der Betroffenen ausgehen, so ist die Befreiung der Tiere wichtiger als jede vorangegangene Befreiungsbewegung (...) Und wenn wir von dem Maße ausgehen, in welchem die Interessen der Betroffenen berührt werden, so ist die Überwindung des Spezieismus wiederum von außerordentlicher Wichtigkeit: Weder Frauen noch Schwarze noch irgendeine andere Gruppe von Menschen wurden und werden in dem Maße routinemäßig in so fundamentaler Weise ihres Wohlbefindens beraubt, wie dies bei den Milliarden Tieren der Fall ist, die jährlich systematisch gefoltert und buchstäblich am laufenden Band umgebracht werden." Instinkt Nr.2; S.4) Dies verdeckt die Sicht auf das Interesse der Herrschenden an diesen Unterdrückungsmitteln und es negiert völlig die politische Absicht und somit auch den repressiven, eben nicht nur für Tiere lebensverachtenden Charakter des herrschenden Prinzips. Die nächste Ebene dieser Naturalisierung ist, das die Folgen der negierten politischen Absicht der Unterdrückung, mittels der aggressiv machenden Ernährungsweise erklärt werden, also einmal mehr Krieg biologisch begründet wird. Nur in einem solchen Verständnis/ Konsequenz kann Baumanbau als eine revolutionäre Tat gelten (Nr.4; S.6)[22] - analog Bäume -> Früchte -> Frugivoren -> Friedfertigkeit. Das gesamte Naturbild dieser Gruppen ist geprägt von dem krampfhaften Versuch, Veganismus ideologisch, biologisch und evolutionär zu begründen (vgl.[20]). Diesem Versuch muß sich die Natur ständig beugen und erhält so einen stark romantisierten, idealisierten Charakter: das Paradies der Fruchtfresser[23]. **Die Vorstellung von der Statik des Zusammenwirkens der 'allgöttlichen' Naturgesetze, wird durch den biologistisch verwendeten Veganismus zu einem unabänderbar, hierarchisch geordneten ideologischen Raum.** Infolgedessen kommt es zu einem genetisch festgelegten Konflikt zwischen den "rechtschaffenden" ("Sind sie rechtschaffen oder ein Herrenmensch ?"; Selbstverständnis von "Frontline") und den aggressiven Lebewesen, der hier zwar nicht postuliert, aber determiniert ist. Biologismus, Aspekte des Sozialdarwinismus und die Naturalisierung von sozialen Vorgängen sind die Folge.

Insgesamt finden sich also alle weiter oben genannten Strukturen des rechten Naturbegriffes (angereichert mit div. Idealisierungen) im Naturverständnis von "Earth first" und "Frontline" wieder.

---

[18] Das dieser Schritt schon getan wurde, zeigen nicht nur die Haßtiraden gegen *die* Menschen ("Menschen sind scheiße!" Nr.1; S.14), sondern auch die Titulierung von Fliegen, Flöhen, Milben, Zecken, Leberegel, Band- und Ringwürmern als "krankheitsverbreitende Organismen" (Nr.4; S.8).

[19] Dies steht in Einklang mit den Aussagen eines Aktivisten der "Animal Liberation Front":"Ich glaube, daß wenn ein Tier auf einen schmerzhaften Reiz reagieren kann, wenn es fühlen kann, dann sollte es von uns respektiert und in Ruhe gelassen werden und seine eigenen Rechte bekommen." (Nr.1, S. 15) Diese Unterscheidung in fühlende und nicht-fühlende Lebewesen ist für uns nicht nachvollziehbar, da dies homozentristisch nur von der menschlichen Wahrnehmung ausgeht. Wir hegen den Anspruch der totalen Gleichberechtigung von Tieren, Pflanzen und Menschen.

[20] Dabei wird sogar vor wirklich haarsträubenden "wissenschaftlichen Beweisen" nicht halt gemacht. So erfährt mensch in der 'Instinkt' Nr.4; S.9, daß der Mensch eine "homo sapiens vegetus" ist, d.h. von frischen Früchten und Nüssen leben sollte. 'Begründet' wird dies durch Kriterien wie Gangart, Augenstellung, Hautbeschaffenheit, Zahnstellung, die chemische Zusammensetzung von Speichel und Harn, Zungenbeschaffenheit, und (ganz wichtig) den Aufbau bzw. die Länge der Eingeweide. Verbunden mit der vorhergehenden Bewertung von Nahrungsweisen, erinnert diese Auflistung fatal an die 'wissenschaftlichen' Beweise der Nationalsozialisten über die Höherwertigkeit der 'arischen Rasse', nur das hier die Unterscheidung/Hierarchisierung nicht zwischen Juden und Deutschen, sondern zwischen Pflanzen- und Fleischfressern gezogen wird.

[21] So sind Rassismus und Sexismus nach "Instinkt" Nr.2, S.3 nur "falsch" also Fehler, während "Fleischessen" "millionenfacher Mord und millionenfaches Leiden" letztendlich eine "unabwendbare Schuld" ist (Nr.1;S.2).

[22] In der gleichen Konsequenz gedacht ist wohl der Titel eines Buches, welches über dieselbe Adresse wie die 'Instinkt' zu beziehen ist: "Das revolutionäre Kochbuch" (Nr.3; S.18) So nach dem Motto "... eine Tasse Sojamilch, 20g Tofu ..." und weg sind alle Bonzen, Faschisten und Macker oder wie kann ein Kochbuch revolutionär sein ?

[23] Homozentristischer Höhepunkt dieser Idealisierung ist ein Plakat, auf dem in der Mitte ein sitzender Mensch abgebildet ist, der mit den ihn umgebenden Tieren (zumeist Haustiere) einen harmonischen friedlichen Kreis bildet (z.B. Raubkätzen scheinen in dieses Weltbild nicht ganz zu passen; vielleicht weil der Mensch dann nicht so schön im Einklang mit der Natur seine Arme ausbreiten könnte, sondern eher um sein Leben rennen täte ?!).

Teil 2 demnächst

"Das war der Gipfel"

Das war er allerdings. Und zwar in vielerlei Hinsicht.

- Ein Gipfel an präventiver Repression gegen linke Opposition. Demonstrationsverbot und über 1000 Festnahmen. Die größte Massenverhaftung seit 1945. Tatvorwurf: "Ordnungswidrigkeit".
- Ein Gipfel breiter Akzeptanz der Bevölkerung diesen Maßnahmen gegenüber und Schweigens über diese Vorfälle seitens der sog. demokratischen Öffentlichkeit.
- Eine weitere Hochleistung der SPD im Versuch die CDU rechts zu überholen.
- Ein bisher einmaliger Einsatz öffentlicher Nahverkehrsbusse als Gefangenentransporter.
- Eine Ansammlung von unüberlegten, unverantwortlichen und unsolidarischen Verhaltens seitens von uns Autonomen und derer die sich dafür halten. Für einen Zyniker bliebe nur ein Satz übrig: "Das war Spitze".

Vor allem zum letzteren Punkt wollen wir mehr sagen. Denn das Verhalten unserer eigenen Leute hat uns zumindest genau soviel Bauchschmerzen bereitet, wie das Vorgehen des Staats und das Schweigen im Lande darüber. Wir wollen dabei chronologisch an Hand der Ereignisse vorgehen.



Die Vorbereitung des Gegengipfels und der Demonstration

Inhaltlich: Es gab kaum eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Politik der EU. Dies spiegelte sich darin wieder, daß es nur 1 oder 2 autonome Aufrufe zum Gipfel gab. Flüchtlings- und Antifagruppen, Frauen- und Gengruppen, Solidaritätskommitees zu den Befreiungskämpfen im Trikont etc. aus dem Autonomenspektrum äußerten sich nicht zur EU-Politik und nahmen mehr als spärlich an den Vorbereitungstreffen teil.

Organisatorisch: So mußten die GenossInnen, die sich in der Verantwortung sahen zum Gipfel der Ausbeuter in Essen öffentlichen Protestmöglichkeiten zu organisieren, den vielen anstehenden Aufgaben und Arbeiten allein gegenüber. Die Treffen liefen so sehr technisch ab. Es mangelte an inhaltlichen Auseinandersetzungen. Dazu kam, daß mit dem Näherrücken des Termins durch das Demoverbot und die Hetze in der Presse zu einer Sicherheitsdebatte und einer unproduktiven Fixierung auf die Polizei kam.

Allgemein autonomes Interesse erzeugte der Gipfel erst kurz vor dem Termin. Und dies wohl erst auf dem Hintergrund der Medienberichterstattung und -hetze.

Ärgernisse am Rande: Dümmliche Männermilitanz.
So fehlend inhaltliche Auseinandersetzungen und Diskussionen zur EU waren. So präsent waren verbalradikale Verlautbarungen aus dem linksradikalem Spektrum.
So wurde ein Fax "autonomer Gruppen" an alle Welt versandt, was dicklippig militante Aktionmöglichkeiten erwägte und zur Politikerjagd einlud. Art und Aufmachung, sowie die Aufforderung Menschen zu jagen (und nicht etwa Machtstrukturen zu zerschlagen) ließen den Schluß zu, daß es sich hier um eine Polizeimaßnahme zur Kriminalisierung der Demo handelte oder um Männerphantasien einiger Autonomer.
Auf jeden Fall sorgten Aufkleber mit einem "Männ"chen in autonomer Tracht, das das EU-Zeichen zerschlägt, für eine weitere Publizierung von männlichen Vorstellungswelten über politische Auseinandersetzungen.

SCHLAGT DIE BONZEN

WO IHR SIE TREFFT !



EU - GIPFEL ANGREIFEN !

Auch was die Erwähnung des EU-Gipfels und der Demo in der Erklärung jener antiimperialistischen Zelle sollte, die in der JungenWelt veröffentlicht wurde, ist fraglich. Dies Schreiben, was ein allgemeiner Rundumschlag war, ließ in seiner militaristischen Sprache und Vorstellungswelt (Parteibüros als "Stützpunkte") mögliche Schlüsse über Aktionen dieser "Zelle" in Bezug auf den Gipfel zu. Solche Erwähnungen sind fehl am Platz. War ein Vorhaben in Bezug zum Gipfel real, wäre es dumm gewesen, es zu erwähnen. Wollte diese "Zelle" nur ihre Meinung äußern, so fand sie ihre Meinung wichtiger als eine eventuelle Kriminalisierung der Demo.

Fazit: Mangelnde inhaltliche Auseinandersetzung, fehlendes Engagement, Funktionalisieren von GenossInnen, verbalradikales Gockelverhalten. Beliebiges und Medienzentriertes Politikbewußtsein.

10.12. - Demo:

Trotz der 8000 PolizistInnen und des Demoverbots versuchten 2000-3000 GenossInnen in der Essener City zu demonstrieren. 80 bis 90 % davon autonome GenossInnen und viele sehr junge Menschen, die sich in Äußerungen und Aussehen stark an den Autonomen anlehnten.
Der Verlauf des Tages bewies, daß auf den Vorbereitungstreffen zu wenig inhaltlich und zu stark technisch diskutiert worden war.
Das Hauptziel, unsere Inhalte an die Öffentlichkeit zu bringen, und somit Alternativmöglichkeiten zu einer starken Demo zu entwerfen, waren zugunsten von Demotechniks einer starken Demo vernachlässigt worden.
Die Alternativvorstellungen, z.B. Kleindemonstrationen, Sit- und GoIns, Feueralarm, etc.p.p. in der City zu machen, wurden lediglich angerissen und nicht ausdiskutiert.
So kam es, daß schon die erste Demoformierung auf dem Willy Brandt-Platz Folge einer Fehleinschätzung war. Mit 300-400 SEK, BGS und USEK rund um den Platz war klar, das von hier keine Demo, sondern allerhöchstens ein Gefangenentransport losgehen konnte. Trotzdem erfolgte die Formierung, mit all den Vermummungsritualen, auf die die Pressefritzen so scharf sind.
Trotzdem sichtbar war, daß die Bullen keine größere Demo zulassen würden, wurde nicht zu Kleindemos übergegangen, sondern versucht einen Demozug an einem zweiten Treffpunkt hinzubekommen. Gelang dies mit 500 GenossInnen noch recht zügig, wurde die Entscheidung der Armada der Polizei entgegenzuziehen und nicht Richtung Weihnachtsmarktgewühle, Grundlage des zweiten Kessels.
Auch jetzt wurde (von wenigen Ausnahmen abgesehen) nicht in Kleindemos losgezogen, sondern phantasie- und initiativlos um die Kessel herum verharrt. Das Herstellen von Öffentlichkeit und Verbreiten kritischer Informationen blieb hinter dieser Bullen- und Pressefixiertheit zurück.
Erst später wurde das Gewühl des Weihnachtsmarkt von einigen zum Rufen von Parolen, Kurzdemos etc. genutzt.
Das Einsickern in Kaufhäuser und Abhalten von öffentlichen Reden, Sitzstreiks und Flugblattaktionen dort wollte erst recht niemanden einfallen. Die Vorstellung, daß ein Tonfasschwingendes SEK-Kommando fünfzig GenossInnen durch die Glas- und Porzellanabteilung von Karstadt getrieben hätte, würde wohl noch heute bei so manchem/r autonome Lachfältchen ziehen.

Fazit: Die Haltung des Großteils der GenossInnen war ein unflexibles, abwartendes Verhältnis, was der Dinge, sprich der Polizeitaktik, harrte und nicht auf Diskussion, Erfahrung und Eigeninitiative basierte. Obendrein war das Maskieren den Situationen oft so unangebracht, daß der Grund zur Maskerade wohl in einer Pressekamera und dem "autonomen Ruf" zu suchen war ("Mythen in Tüten").

Verhalten auf den Sammelstellen:

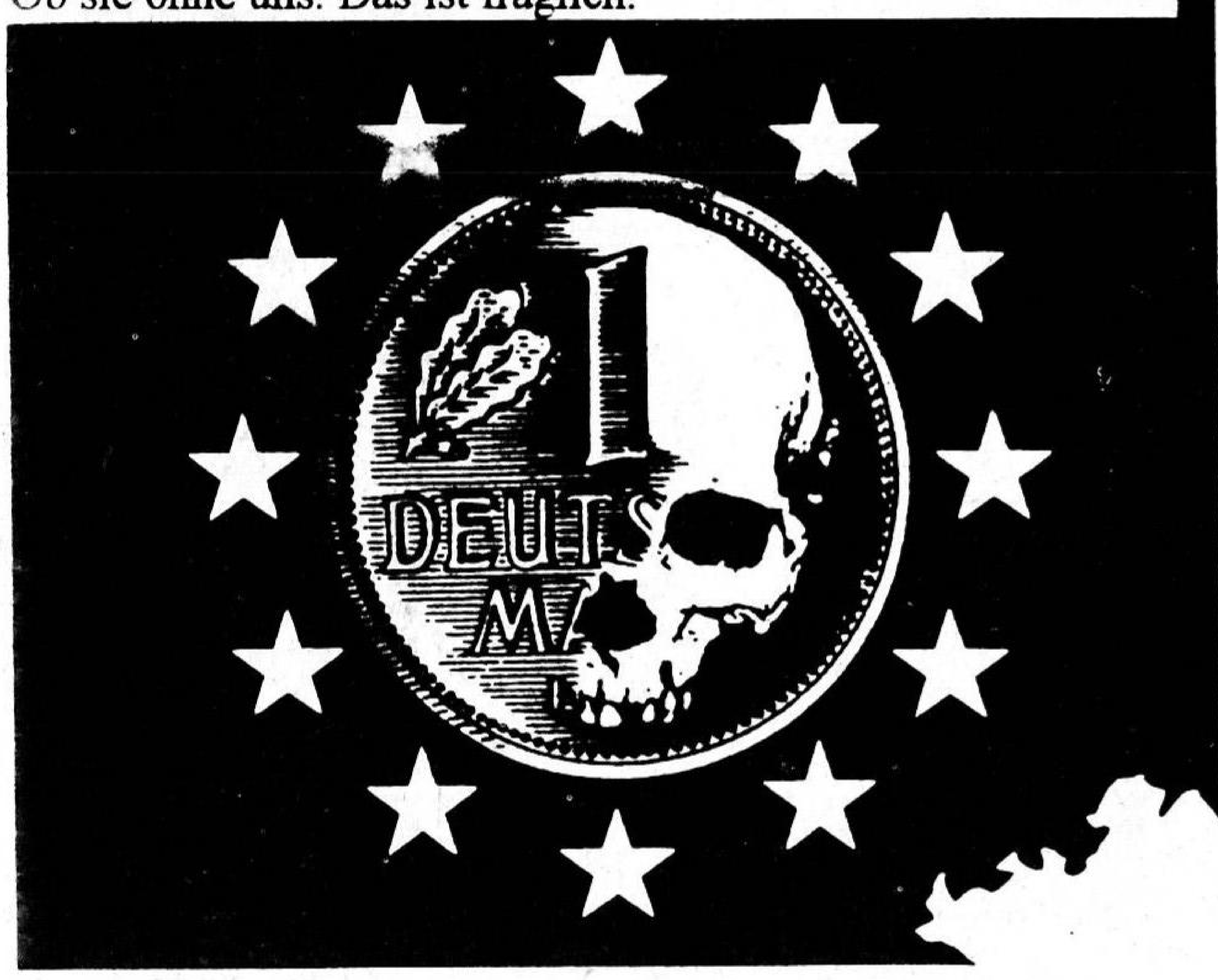
Die folgenden Ereignisse haben uns inhaftierte GenossInnen erzählt, die auf dem Schießstand in Essen mit ca.300 anderen"GenossInnen" bis zu 12 Stunden festgehalten worden waren. Neben den üblichen entwürdigenden Prozedur seitens der Schergen (nichts zu Essen, zu Trinken, kein Klo und das übliche provokative Verhalten), kam es zu Verarschungen seitens der Bullen von unerfahrenen GenossInnen. Eine Diskussion über und die Umsetzung eines einheitliches Verhalten gegenüber den Bullen hätte nicht nur dieses verhindert, sondern auch die Position gegenüber den Schergen gestärkt Darüber hinaus kam es zu Verhalten von Inhaftierten, was nicht im geringsten mit dem zu tun hatte, wieso wir gegen die EU und für eine solidarische Gesellschaft demonstriert hatten.
Schon auf dem Transport zur Sammelstelle zogen "Genossen" mit sexistischen Sprüchen über PolizistInnen her. Dort herrschte unter den Gefangenen ein absolut unsolidarisches Verhalten, wo ein Großteil nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht war. Zur Belustigung der Bullen versuchten sich Gefangene auf Kosten anderer eine frühere Freilassung zu erwirken. Sie stießen einfach andere zur Seite, wenn es um Entlassungen ging.
Andere, denen es gelungen war, Tabak einzuführen, erwiderten auf Anfragen, etwas abzugeben: "Geh woanders schnorren".
Wir haben so etwas noch nie erlebt. In Falle unserer Verhaftung wäre es zu einem einmaliges Ereignis in unserer autonomen, anarchistischen Geschichte gekommen. Wir hätten dem Stalinismus in dieser Gefangenensammelstelle zu einer kurzen Blüte verholfen. Mit Gewalt wären Maßnahmen der Vergesellschaftung, sowie des einheitlichen Auftretens gegenüber den Bullen und der Regelung der Haftentlassung nach kollektiven Kriterien durchgesetzt worden. Dies ist durchaus als Drohung für all die Leute gemeint, die sich in Zukunft glauben derart unsolidarisch benehmen zu müssen.



11.12.-Gegenkongress:

Am Sonntag nahmen an dem Gegenkongress mindestens 500 Personen teil. Davon 80% aus dem autonomen Spektrum. Die bürgerliche Linken, die Freitags noch brav den HochglanzLinken wie Claudia Roth, Gregor Gysi oder Jutta Ditfurth lauschten, waren kaum präsent.
Konträr der überwiegenden Teilnahme autonomer GenossInnen stand die Zusammensetzung der Referierenden. D.h., von den vier Foren, war nur eines ("Neoliberaler Modernisierungsangriff und europaweite Klassenkämpfe") von Linksradikalen vorbereitet und mit Vortragenden so besetzt.
In den anderen Foren referierten vorwiegend bürgerliche und Reformlinke vor vorwiegend Autonomen. Am extremsten war dabei das Forum 3 ("Festung Europa": Eurorassismus, Flüchtlingspolitik und die Mobilisierung der Neuen und Alten Rechten). Hier mußten sich bei ca.120 Leuten, 100 Autonome die reformistischen Positionen des Flüchtlingsrat NRW anhören und sich von einem grünen Datenschützer belehren lassen, "daß er ja früher auch mal

so drauf war". Althergebrachte Positionen der VVN und der Volksfront rundeten das Bild ab. Bei vier Referenten ("Natürlich" hatte der Diskussionsleit*er* nur Männer ausgesucht) blieb dann kaum noch Raum und Zeit für Diskussionen. Die anwesenden GenossInnen waren sehr jung und so den älteren Herrschaften rhetorisch nicht gewachsen. Hier vermißten wir jene älteren autonomen GenossInnen, deren Schwerpunkt gerade diese Themen sind. Jene glänzten, wie bei der Demovorbereitung, aber mal wieder mit Abwesendheit.
Fazit: Obwohl zum Gegenkongreß das gesamte Bündnis aufgerufen und organisiert hatte, waren es zum allergrößten Teil Leute aus dem autonomen Spektrum, die die Veranstaltungen aufsuchten. Von einer Basis der bürgerlichen Linken war so gut wie nichts zu sehen.
Frage: Gibt es überhaupt noch eine Basis dieser bürgerlichen Linken, die außer alle vier Jahre ihre Kreuze macht, noch aktiv am politischen Geschehen teilnimmt?
Hätten sich mehr Leute von uns in die Kongressvorbereitung integriert, wären mehr Foren mit autonomen ReferentInnen besetzt worden, wären bessere Informationen geliefert und spannendere Diskussionen geführt worden.
Die Diskrepanz an Masse der autonomen BesucherInnen zu reformistisch Referierenden war auf jedenfall derart, daß wir denken einen solchen Kongress kriegen wir auch ohne bürgerliche Linke hin.
Ob sie ohne uns. Das ist fraglich.



Im Nachhinein:

Vor dem Gipfel waren die angeblich zu erwartenden "Ausschreitungen" Anlaß die Demonstration zu verbieten. Somit konnte die inhaltliche Kritik an der EU verschwiegen werden. Ein Verbot war mit Winkelzügen erzielt worden. Weder dies, noch die inhaltliche Kritik an der EU, noch die größte Massenverhaftung der Nachkriegszeit interessierte die Medien. Ganz abgesehen von dem angeblichen Spektrum bürgerlicher DemokratInnen, ihrer Verbände und Organisationen. 1000 Festnahmen? Wen kümmert dies. Nirgends war ein Ruf nach Demokratie und Menschenrechten zu hören. Auch das war der Gipfel. So etwas wie eine demokratische Öffentlichkeit existiert kaum mehr.Es herrscht demokratische Windstille. Was die Verfassung und das Kräfteverhältnis in diesem Land widerspiegelt.
In dieser Situation setzt das Essener Bündnis auf eine Verfassungsklage, da das Bundesverfassungsgericht dem Demoverbot mit Vorbehalt stattgegeben hatte. Die bürgerlichen Linke läßt sich nun die Legalität ihres Protestes und die Illegalität des polizeilichen Vorgehens durch eine Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts bescheinigen.
Wenn dann auch Autonome die Grundsatzklage des Bündnisses für gut heißen wird die desolate Bewußtseinslage unserer Bewegung sichtbar.

Mal Tacheles gesprochen: Vom Staat, den wir ja abschaffen wollen, sich eine Legalitätsbescheinigung unseres Protestes abzuholen, ist absurd. Das wir die generelle Existenz des Staats und seiner Gesetze im gleichen Atemzug mit diesem Vorhaben anerkennen, ist doch wohl auch ersichtlich. Mit dem Verweis, daß im Fall eines negativen Bescheids, d.h. in Zukunft könnten alle Demos derart fadenscheinig verboten werden, wir uns als "Autonome" sowieso nicht daran halten würden, macht nur eine Haltung zu einer Glaubwürdigen: So eine Grundsatzentscheidung nicht herbeiführen zu wollen.
Auch auf der justiziellen Ebene kämpfen? Ok. Aber erst dann, wenn wir auch auf allen Ebenen schon kämpfen und nicht als Ersatz. Und dann um im konkreten Fall Repression abzuwenden, oder als Propagandafläche. Nicht aber um Grundsatzentscheidungen im Sinne des StGB herbeizuführen.
Das Einzige was gut zu heißen wäre, wäre das Gericht die Unrechtmäßigkeit des Vorgehens des Essener Polizeipräsidiums anläßlich des Demoverbots feststellen zu lassen. Und dies um den 1000 Ermittlungsverfahren entgegenzuwirken. Mehr aber auch nicht.
Was die autonomen Nachbereitungstreffen zum Gipfel anging wurden zum Teil solch obskuren Debatten geführt. Obendrein waren sie genau so mager wie die Vorbereitungstreffen besucht.

Viele, die dies lesen, halten unsere Kritik sicherlich für wenig konstruktiv. Das Verhalten unserer eigenen Scene empfanden wir aber als derart destruktiv, daß wir denken, hier nicht der Samthandschuh angebracht ist und aus Fehlern mensch lernen kann.
Wichtiger aber als die Kritik finden wir aber folgendes : Uns Autonomen gelingt es mehr als anderen Linken Menschen zu mobilisieren. Und dies nicht nur zu Demos, sondern auch zu inhaltlichen Veranstaltungen. Wir begreifen dies als Chance für eine radikale Opposition. Auf der anderen Seite sehen wir die verschiedensten schädlichen Herangehensweisen in unserer Scene.
Bei den Einen Großmäuligkeit, Mackerposing statt revolutionäre Militanz, effekthascherischer Aktionismus statt Verantwortungsgefühl und inhaltliche Auseinandersetzung.
Bei den Anderen Fixiertheit auf ein Spezialthema mit mangelndem Verständnis sich als Teil einer Bewegung zu empfinden und verantwortlich sich dort einzubringen.
Bei Allen die Unfähigkeit, auf Neue, zu uns stoßen wollende Menschen, zuzugehen.
Würde verantwortlicher gehandelt werden und sich die Leute aufeinander mehr beziehen, so könnten wir doch noch etwas wie eine kleine aber ernstzunehmende Kraft bilden.



Einige der Antifa"Die kleinen Strolche"
(c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 102, 44894Bochum)

Kill The Nation

Großveranstaltung türkischer Faschisten von Behörden geduldet

Aufmarsch von „Grauen Wölfen" in Sindelfingen

Weit über 10000, nach Angaben der Veranstalter 30000 Anhänger der türkischen „Partei der Nationalen Bewegung" (MHP) aus der Bundesrepublik, Frankreich, Niederlande und Österreich fanden am 26. November den Weg in die Sindelfinger Sporthalle „Glaspalast", um dort den Worten ihres „Basbugs" („Führers") Alparslan Türkes zu lauschen und die 17. Jahreshauptversammlung der Türk-Föderation, des deutschen Dachverbandes der MHP-nahen Idealistenvereine, Islamischen Kulturzentren und Nationalen Arbeitnehmervereine abzuhalten. Die MHP steht für faschistischen Terror.

Gegründet wurde sie und ihre Jugendorganisation „Graue Wölfe" von Ex-Oberst Türkes, Mitorganisator des blutigen Miltärputsches von 1960, im Jahr 1968 nach dem Vorbild der NSDAP und SA. Die MHP will, rassistisch begründet und islamisch verbrämt, die Errichtung eines nach dem Führerprinzip organisierten großtürkischen Reiches vom Balkan bis nach Zentralasien. In den siebziger Jahren verübten die „Grauen Wölfe" nach Zählungen von Menschenrechtsorganisationen über 4000 Morde in der Türkei, vornehmlich an Kurden, türkischen Gewerkschaftern, Journalisten und Linken. Traurige Höhepunkte waren 1977 das Massaker auf der 1.-Mai-Kundgebung in Istanbul mit 35 Toten und 200 Verletzten, 1978 Überfall auf die kurdische Ortschaft Kahramanmaras mit 110 Toten und Tausenden Verletzten. Ihr Terror bereitete den Boden für den Militärputsch vom 12. September 1980. Türkes wurde allerdings von den neuen Machthabern für einige Zeit in Haft genommen und seine Partei verboten, sollte doch die Generalsdiktatur als Maßnahme gegen den Terror „von links und rechts" verkauft werden. Seit Ende der 80er Jahre genießt die MHP wieder Organisationsfreiheit in der Türkei, ihre Mordkommandos sind in die Todesschwadrone der Militärs integriert. „Berichte gaben ferner Auskunft über extralegale Hinrichtungen und das ‚Verschwindenlassen' von Menschen", so umschreibt amnesty international die Situation im NATO-Staat Türkei.

Von all dem will die Sindelfinger Stadtverwaltung — wieder einmal — nichts gewußt haben. Bereits 1987 weilte Türkes am gleichen Ort, auf Einladung des örtlichen Nationalen Vereins Türkischer Arbeitnehmer, der den Glaspalast für ein „Folklorefest" gemietet hat. „Wir wurden hereingelegt", hieß es damals, als Proteste aus der Bevölkerung gegen die Vermietung der städtischen Halle an Faschisten laut wurden — was die Stadt aber nicht davon abhielt, weiterhin mit den Türkes-Anhängern zusammenzuarbeiten. 1990 brüskierte sie eine Delegation aus der türkischen Partnerstadt Kochisar, die erleben mußte, daß ausgerechnet der Graue-Wölfe-Verein das Rahmenprogramm für die Sindelfinger „Türkische Woche" gestaltet hat und unter diesem Deckmantel rassistische Propaganda betrieb.

Anders als 1987 wurde das jetzige Treffen unverhohlen als politische Veranstaltung von der Frankfurter Türk-Föderation angemeldet; als Termin wurde der Jahrestag des Verbots zahlreicher kurdischer Organisationen durch die Bundesregierung gewählt. In der Stadtverwaltung blieb das Wissen wohl im Dreieck von Sportamtsleiter, Ordnungsamtsleiter und Oberbürgermeister unter Verschluß, der Ausländerbeauftragte der Stadt wurde nicht informiert. Staatsschutz und Polizei äußerten keine Bedenken, und so konnten Türkesplakate, MHP-Embleme und Hetzparolen ungeschoren an den Bussen durch die Bundesrepublik gefahren werden, wurde die Einreise der Grauen-Wölfe-Abordnungen aus aller Welt wohlwollend geduldet, obwohl Strafgesetzbuch (Volksverhetzung, Gewaltverherrlichung) und Ausländergesetz (Verstoß gegen Verfassungsgrundsätze) genug Handhabe gegen die MHP bieten. Zeitgleich zum Sindelfinger MHP-Aufmarsch machte die deutsche Polizei an vielen Orten Jagd auf rot-grün-gelbe Pullover und ihre TrägerInnen, weil sie darin einen verbotenen Ausdruck kurdischen Selbstbewußtseins sah. Das Stuttgarter Innenministerium wurde von der türkischen Generalkonsulin um Unterstützung der Versammlung gebeten — die Verstrickungen der deutschen Behörden mit dem türkischen Folterstaat haben eine neue Qualität.

Rote Fahnen mit drei Halbmonden, Symbol des alten osmanischen Reiches und der heutigen MHP, bestimmten die Szene vor und in dem Glaspalast, aber auch Graue-Wölfe-Embleme und Kopfbänder mit „Führer-Türkes"-Aufschriften gab es reichlich. In Prozessionen wurden Türkes-Portraits in die Halle getragen und Kampfrufe angestimmt. „Führer befiehl, wir werden dir folgen", stand auf einem Transparent des türkischen Kulturvereins Oberhausen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sieht sich Türkes nun einen Schritt weiter im Zusammenschluß „aller Türken": Nicht nur die Einverleibung ganz Zyperns wurde auf Plakaten gefordert, auch Abordnungen aus Aserbaidschan und Turkmenistan zogen mit ihren Fahnen in die Halle ein, zur bosnischen gehörte nach Aussage der *Sindelfinger Zeitung* sogar ihr Botschafter. Der türkische Botschafter zählte zu den Ehrengästen, die türkische Ministerpräsidentin Ciller übermittelte der Faschistenversammlung telefonisch ihre Glückwünsche — da festigt sich die unheilige Allianz von MHP und Regierung gegen kurdische Selbstbehauptung und islamischen Fundamentalismus. Die Verbandswahlen waren schnell durchgeführt und bestanden aus Verlesen der Kandidatennamen und eiliges Handaufheben der Delegierten. Die Hetzreden der Parteiführer wurden mit viel Folklore umrahmt. Die 4000 Besucher fassende Sporthalle war hoffnungslos überfüllt, allein dies bot schon Anlaß, die Versammlung zu unterbinden. „Der Veranstalter hat uns im Hinblick auf den Charakter und die Teilnehmerzahl getäuscht", lautet wieder die Pressemitteilung der Stadt. Daß damit nun aber Schluß sei, dafür verbürgt sich SPD-Oberbürgermeister Rücker und kündigt für die nächste türkische Veranstaltung genaueste Kontrollen an — da gastiert eine linke Rock- und Popgruppe in der Stadt. – *(wor)*

Eine Antwort auf "mea culpa" in Interim vom 15. Dez. 94

Für einen antideutschen 8. Mai 1995

Im "Sündenpfuhl der deutschen Linken" verorten sie sich selbst und weil es ihnen dort gefällt über- und unterschreiben sie ihr Papier mit "mea culpa". Da können sie sich gleich mit denen zusammentun, die schon immer mit vollem Recht so argumentierte haben: "Die SPD ist nicht die Partei der Makellosen, der Gerechten, der politisch Reinen" (Erhard Eppler, bis 1991 Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD, Spiegel 1/95). Sie bekennen sich lieber schuldig als dem Pfuhl zu entsteigen indem die "deutsche Linke" seit über 150 Jahren ihre Niederlagen einfährt. Sie wollen da weiter machen? Bitte sehr, doch ohne uns. Schließlich können wir schlecht hinter den Stand der Diskussion z.B. in der BAHAMAS zurück, die die mea culpa's zwar als "interessant" bezeichnen, die sie aber anscheinend nicht ernst nehmen. Dabei sind die Probleme groß genug: daß die "deutsche Linke" Hitler die Macht teils übergeben und letztlich kampflos unter SA-Terror überlassen hat, die KPD sich bereits vor 1933 ideologisch entwaffnet hatte indem sie die Nazis auch mit deren ideologischen Inhalten schlagen wollte, erst die Anti-Hitler-Allianz die Befreiung vom Faschismus erkämpfte, dekorierte 68er heute großdeutsche Töne spucken und Ost-Linke die tatsächliche Wiedervereinigung einklagt. Angesichts einer Klasse, die sich spätestens seit dem Faschismus nicht als Klasse verstehen mag, und sozialer Fragen, die nicht emanzipatorisch werden, weil sie nationale Lösungen im Rahmen des Standort Deutschland anstreben, müßte das Klientel der mea culpas bevor es zur emanzipatorischen Bewegung werden kann mehr von sich erkennen, als daß es ihnen scheiße geht und die Ver-hältnisse schuld sind. Die mea culpas reden viel von "Analysen" und daß ein linker Standpunkt nicht nur moralisch begründet sein darf, doch sie hoffen einfach nur darauf, daß alles anders wird als es war, obwohl sie immer so weiter machen, wie vorher. Sie haben gar nicht mitbekommen daß Ideologie nicht einfach aus Moral besteht sondern eine reale Form der falschen Verhältnisse, nur eben im Kopf, darstellt. Eine Linke die Zukunft haben will muß sich mit dem Verstehen und dem Knacken dieser ideologischen Verhältnisse mehr beschäftigen als in der Vergangenheit. Die mea culpas schieben diese Auseinandersetzung beiseite indem sie darauf verweisen, "daß die Linke durch den Rückzug aus den bestehenden sozialen Auseinandersetzungen einen Raum preisgibt, aus dem heraus sich (die Linke) bisher immer wieder aufs neue formiert hat". Eine Linke, die nicht jenseits der herrschenden deutschen Ideologie steht, ist unbewußtes Anhängsel der Zustände und wird sich kaum über sie aufschwingen. Wo bleibt die Reflexion über die Gefahr nur an sozialen Verhältnissen herumzulaborieren, die gar nicht zum Widerspruch mit dem System führen, weil die Menschen am untersten Ende der Sozialskala auch durch Arbeitsdienst nicht zum Systemwiderspruch zu bewegen sind.

Weil sie selbst nicht klar kommen greifen sie zum Ressentiment. Mal heißt es, "ein neuer Hauptwiderspruch" werde "postuliert", "natürlich in guter K-Gruppentradition" werde "die Linke in gut und böse gespalten" und der Zweck ist auch klar: "um sich dann an die Spitze der Bewegung zu stellen". Ist dies nun Verfolgungswahn vor "orthodoxen Antinationalisten" oder wird, wo es um eine inhaltliche Debatte ginge, einfach nur diffamiert? Sie schüren eine Angst vor Funktionalisierung, damit ja niemand aus ihrem "Pfuhl" entweicht.

Für die mea culpas ist die Auseinandersetzung um die herrschende Ideologie, bei der nicht nur der Nationalist sondern auch die Implikationen des Begriffs Staatsbürger verstanden werden müssen "die Gefahr einer Flucht aus der Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität in ideologische Debatten" oder eine Flucht in die "weiße Weste" jenseits der Verhältnisse. Fast scheinen sie sich wohl zu fühlen in ihrer "gesellschaftlichen Realität", die sie nicht einmal gedanklich verlassen wollen, obwohl ein linkes Projekt auch noch die praktische Umwälzung erfordert. Die linken Freunde der Nation im Osten haben zur ideologischen Immunisierung gegen nationsfeindliches Denken dafür das Wort "Wolkenkuckucksheim" gelernt, in dem sie von ihrer Warte aus jene Antinationalisten und Linken sehen, die auch gegen einen überwältigenden Konsens weiterstreiten. Wer sich aber nicht aus dem "Pfuhl" der herrschenden Ideologie befreit, ist auch für eine linke Zukunft kein Gewinn, daß hat nichts mit gut und böse zu tun, sondern mit links und rechts bzw. mit richtig oder falsch.

Eine Antwort auf die derzeitige ideologische Aufrüstung Deutschlands ist die Auseinandersetzung um den Antinationalismus und der Kritik jeder nationalen Identität. Mea culpa antwortet mit einem pochen auf den Bezug zu sozialen Fragen als dem eigentlichen Kampfterrain und wischt das wesentliche dabei weg, nämlich die Richtung klar zu kriegen anstatt in bewährter Weise schon mal loszulegen. Statt dessen machen sie windige Aussagen zur Rolle von sozialen Kämpfen bei der Entwicklung der Linken in Vergangenheit und Gegenwart. Ihr Programm besteht aus der einfachen Tatsache, daß der gegenwärtige Prozess auch Verlierer kennt. Aber wie wenig hat dies die Leute bisher davon abgehalten, sich rechts zu orientieren. Das Wort von den Verlierern ist in letzter Zeit immer häufiger eine Entschuldigung für den brandschatzenden Mob gewesen, nicht mal das wird im Text abgewogen, obwohl die Diskussion um die neue konformistische Revolte fast schon so alt ist wie das neue Deutschland. Man kann es wohl nicht häufig genug wiederholen, daß die Verlierer im Kapitalismus nicht einfach Opfer sind und auch nicht unbedingt gegen das System im emanzipatorischen Sinn angehen. Ein Teil der Fraktion die die "soziale Frage" als Schlüssel zur Erneuerung der Linken ansieht, hat schon im Bezug auf Hoyerswerda, Rostock oder Mannheim ein Beispiel ihrer Verwirrung gegeben als sie auch diese als "soziale Kämpfe" zu begreifen suchte. Ich erinnere mich noch mit Grausen an eines der Ergebnisse in Parolenform, als es hieß: "Ausländer sind die falsche Adresse, haut die Politiker in die Fresse".

Fast schon zum black out steigert sich die Abwehr antinationaler Positionen bei den mea culpas wenn der Antinationalismus als kleiner Bruder des Nationalismus und als national fixiert hingestellt wird. Das ist argumentiert wie im bürgerlichen Feuilleton, wo der Antinationalismus zuerst als "negativer Nationalismus" bezeichnet wurde und hatte seine erprobten Vorläufer schon bei der Integration von Linken über die RAF/Gewalt-Diskussion in den 70er Jahren, als die staatliche Repression als Reaktion und damit als Folge der Militanz der RAF dargestellt wurde. Von der Logik ist es ähnlich überzeugend, wie wenn gesagt würde der Antiimperialismus fördere Imperialismus. Häufig wird angemerkt, daß sich der Nationalismus als Herrschaftsideologie aufgrund der Internationalisierung des Kapitals bald sowieso erledigt habe. Das mag alles wohl so sein. Im Moment ist in der tatsächlichen Entwicklung eher festzustellen, daß die jeweiligen nationalen Standorte um die Ansiedlung bzw. Anbindung des Kapitals eine mit nationalistischen Mitteln geführte Konkurrenz betreiben und den Nationalismus dabei aktivieren.

Die mea culpas halten die auf uns zurollenden großdeut-schen ideologischen Interventionen zum 8.5. für nichts besonderes ("kennzeichnen die Regierungspolitik schon seit langem"). Das Neue besteht in der Feier über den doch noch gewonnen Krieg in West- und Osteuropa als Schlußstrich im internationalen Rahmen. Die Feier der wundersamen Auferstehung des neuen Deutschland als Konkurrent unter Konkurrenten, gerade zu dem Zeitpunkt wenn endgültig das Anknüpfen an das Alte vollzogen wird. Keine Skrupel sollen mehr durch die Erinnerung an ehemalig deutsche Taten entstehen können, sondern Stolz auf das antitotalitäre Deutschland und seine Tradition. Als wäre seit dem Sieg der Alli-

ierten über das Dritte Reich etwas völlig neues entstanden, wird eine nationale Ideologie tradiert, die sich anhand des 20. Juli allein mit dem antikommunistischen und in dieser Hinsicht mit dem NS-kompatiblen Ergebnis des Sieges der Westalliierten identifiziert. Deutsche Tradition und positive Erinnerung wird gekoppelt. Kein Gewissen soll mehr an neuen Taten hindern wenn machtvoll die "deutschen Interessen in der Welt" wahrgenommen werden. Als demokratischer Staat, bewährt und erfolgreich im antitotalitären Kampf, dem das bißchen Antisemitismus und Neofaschismus nichts anhaben können, auch wenn diese funktional integriert werden. Es hat niemand behauptet, daß dies besonders neu sei, eher ist der 8.5.95 ein Kulminationspunkt für die ideologische Arbeit der Geschichtsrevisionisten und Identitätsstifter und ein Jungbrunnen für die Ideologie des deutschen Imperialismus.

Während sich Deutschland formiert, tut es dies unter Aneignung eines antihitlerischen Outfits für die 1949/1990 BRD-Gründung, wofür der 8.5.45 als Befreiung die Voraussetzung war, bei gleichzeitiger "Enttabuisierung" der "Leistungen" des Faschismus, wozu besonders die als vorbildlich begriffene soziale Integration gezählt wird. Deutschland will sich dann im Punkte Anklage von Verbrechen von (Auschwitz) und gegen (Dresden) Deutschland genausowenig von irgend Jemandem übertreffen lassen wie Kinkel dies bei den Menschenrechten versprochen hat. Daß damit ein deutscher 'Antifaschismus' des 20. Juli als Synonym für ein gutes deutsches Gewissen intronisiert wird, ist dann nur konsequent. Für die Verdrängung des kommunistischen Widerstandes aus der Gedenkstätte, ist dabei immer noch ein Kompromiss möglich, nämlich diesen im Museum darzustellen. Dies wird schon dadurch möglich weil die Kommunisten bekanntlich ebenso wie Andere "für Deutschland" gekämpft haben. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Ein neurechter Schreiber im Tagesspiegel (Tilmann Krause) hat zu Stefan Heym's Eröffnungsrede im Bundestag anerkennend herausgestrichen, daß dieser sich eindeutig wohlwollend auf das gemeinsame Vaterland bezogen habe. Mit solchen Kommunisten ist durchaus Staat zu machen zumal ja jemand gebraucht wird, um die weniger schönen Seiten deutschen Daseins zu verantworten.

Am Schluß eröffnen die mea culpas, daß sie zwar die "Hegemonie innerhalb der Gesellschaft" durch die Neue Rechte befürchten, sie aber keine Chance sehen mit einer eigenen Aufarbeitung von Stalinismus und Realsozialismus dem Fahrwasser des Antistalinismus der herrschenden Politik zu entkommen. So lassen sie es lieber und stürzen sich, da sie im Bereich der Ideologie kein Land sehen, um so mehr auf die sozialen Auseinandersetzungen. Da wird das Ausmaß ihres Zurückweichens noch deutlicher, obwohl sie dies anderen vorwerfen. Sie diffamieren die Auseinandersetzungen um die herrschende Ideologie inform des Antinationalismus, weil sie selbst sich nicht zutrauen die Aufarbeitung der Vergangenheit innerhalb der Linken sinnvoll zu betreiben.

Karl Nele

SOLIAKTION WEGEN EINBRUCH HH

Archiv der Sozialen Bewegungen Hamburg

Schulterblatt 71
20357 Hamburg

Archiv der Sozialen Bewegungen Hamburg
Schulterblatt 71 20357 Hamburg

Öffnungszeiten:
Mo + Mi 16 - 19 Uhr
Tel./Fax : 040/433007

Hamburg, 6.12.1994

Leider haben wir am Nikolausmorgen keine mit Geschenken und Süßigkeiten gefüllten Schuhe vorgefunden (wie wir es verdient hätten), sondern ganz im Gegenteil ein ausgeräumtes Archiv.
In der Nacht zum 6. Dezember '94 wurde im Archiv der sozialen Bewegungen Hamburg in der Roten Flora eingebrochen. Dabei wurden uns sämtliche technischen Geräte gestohlen:

- zwei Computeranlagen mit Drucker
- ein Faxgerät
- Werkzeug
- und der gemietete Kopierer (Panasonic FP 1510)

Aufgrund der Tatsache, daß wir nicht versichert sind, ist uns ein Schaden von mehreren Tausend Mark zugefügt worden. Geld, das wir nicht haben.
Darüberhinaus sind wir sämtlicher Arbeitsmittel beraubt, die für die Arbeit im Archiv lebensnotwendig sind. Das trifft uns sehr.

Wütend macht uns die Tatsache, daß sich die Täter in der Flora anscheinend gut auskennen, daß heißt, sich dort aufhalten und sie möglicherweise sogar nutzen und sei es nur durch Konzertbesuche oder die Volksküche/Cafe.
Wir sehen in diesem Einbruch (und nicht nur in diesem) einen gezielten Angriff auf linke selbstverwaltete Strukturen, auch wenn die Täter möglicherweise nur zu blöde oder zu feige sind, sich auf andere Weise Geld zu beschaffen.

Wir möchten Euch nun bitten, uns in dieser schwierigen Situation zu helfen:
vielleicht habt Ihr ja einen **Computer** (auch Teile) oder ein **Faxgerät**, das Ihr nicht mehr braucht. Oder Ihr **spendet auf unser Konto** (siehe unten). Jeder Beitrag ist eine Hilfe.

Vielen Dank für Eure Unterstützung

★ Spendenkonto: Hamburger Bank Kto.Nr. 12 / 26 75 03 BLZ 201 900 03 ★



„EINBLICK"-PROZESS IN GROSS-GERAU WIRD VERSCHLEPPT !!!

Vor einem halben Jahr sah es noch so aus, als ob demnächst der Prozeß gegen die MacherInnen des „Einblicks" in Groß Gerau stattfinden würde. Die auffällige Ruhe die um den Prozeß eingekehrt ist läßt den Schluß zu, daß der Prozeß verschleppt werden soll.

„DER EINBLICK": Die neonazistische Broschüre „der Einblick" erregte im Dezember 93 Aufsehen in den Medien. In ihr sind 250 Namen & Adressen von Personen abgedruckt, die gegen Rassismus & Neofaschismus Position bezogen hatten, teilweise „nur" durch eine Solidaritätsunterschrift.

DIE ANGEKLAGTEN

Angeklagt werden sollten 4 FaschistInnen, die den „Einblick" gemacht haben. 2 der Hauptmacher sind **Stefan Cumic & Norman Kempken.**

Norman Kempkens neonazistische „Laufbahn" begann in der Hooligantruppe „Preßwerk" in Rüsselsheim, aus der er wegen Rekrutierungsversuche für die NF rausflog. Bis 1989 hat er sich in die Führungsspitze der **Taunusfront** hochgearbeitet, deren unangefochtener Chef er 1991 wurde. Die Taunusfront ist eine schlagkräftige faschistische Organisation mit engen Kontakten zur mittlerweile verbotenen **Nationalistischen Front (NF)**, zur **Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei** (FAP) & zur NPD-Jugendorganisation **Junge Nationaldemokraten** (JN).

Stefan Cumic war eine der führenden Köpfe der **Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front** (GdNF), die eine Vereinigung verschiedener faschistischer Gruppen darstellt. Er war zudem Betreiber des **Nationalen Infotelefons**, welches als Informationszentrale für große Teile der Faschoszene dient (Demoorganisierung, Veranstaltungen, Sammeln & Veröffentlichen von Adressen politischer GegnerInnen...). Cumic gab an Erfinder des „Einblicks" zu sein & seine Aussagen führten zur Verhaftung der anderen Angeklagten.

Weiterer Beteiligter ist der Eigentümer des Opal-Druck-Verlages **Eberhard Hefendehl**, der schon Ende der 70er am Wiederaufbau einer illegalen NSDAP beteiligt war. In seiner Druckerei in Rodach werden vielerlei neonazistische Publikationen hergestellt, so auch „der Einblick". Weiterhin sollte Karin Mayer vor Gericht stehen, die den Vertrieb organisiert haben soll.

„EINBLICK" & der STAAT

„Der Einblick" wird hauptsächlich als verständliche und nachvollziehbare Reaktion der Faschisten auf antifaschistische Aktionen dargestellt, unter anderem im Rüsselsheimer Echo vom 4.3.94. Die Wiesbadener Polizei reagierte auf den „Einblick", indem sie sagte, daß sich die Betroffenen ja nicht zu wundern bräuchten, warum hätten sie auch irgendwas unterschrieben. Ein Beamter konnte nichts Verwerfliches an der Veröffentlichung sehen, denn es handele sich nur um radikale linke GewalttäterInnen. Das LKA verschickte einen Maßnahmenkatalog an einen Teil der Betroffenen. Davon abgesehen, daß er keinerlei Schutzmaßnahmen enthält, wurde bei dem Versand deutlich nach guten & bösen AntifaschistInnen unterschieden. Alle, die das LKA dem bürgerlichen Spektrum zuordnete (z.B GewerkschafterInnen) erhielten einen Brief. Alle, die als eher radikale AntifaschistInnen gelten (z.B. Infoläden) wurden nicht angeschrieben.....Generell verhalf „der Einblick" der Polizei, in Strukturen der Linken & der Antifa rumzustöbern.

Am „Einblick" spiegeln sich die typischen Verhaltensweisen & Reaktionen des Staates auf faschistische Aktivitäten wieder, denn Staat & Justiz versuchen erst gar nicht faschistische Strukturen genau aufzudecken, sondern nehmen wieder einmal faschistische Aktivitäten zum Anlaß, um gegen AntifaschistInnen Front zu machen. Kempken war Mitglied der CDU seit Oktober 1991, zu einem Zeitpunkt also, wo seine Position als Chef der Taunusfront schon bekannt war. Selbst nachdem AntifaschistInnen in einer öffentlichkeitswirksamen Aktion gegen Kempkens Wohnung & in einer folgenden Erklärung die Rolle Kempkens innerhalb der Faschoszene klarstellten, wollten weder Kripo noch die CDU etwas von rechtsextremen Aktivitäten Kempkens wissen, sondern nahmen dies zum Anlaß, mit Hausdurchsuchungen gegen Linke Strukturen vorzugehen.

Als dann endlich klar war, daß Kempken zu den Machern des „Einblicks" gehört, wurde sein Name von der Bundesanwaltschaft als Wolfgang K. angegeben.

Solche Falschmeldungen & Verdrehungen lassen den Schluß zu, daß die Öffentlichkeit bewußt belogen werden soll.

Schließlich kam es dann zur völligen Verwirrung, was den Prozeß betrifft.

Im Februar erklärte die Bundesanwaltschaft, daß es stichhaltige Beweise gäbe, nach denen Kempken die gesamten Textpassagen geschrieben habe.

Im März war dann unklar, ob überhaupt Anklage gegen Kempken erhoben werden könne, da die Bundesanwaltschaft aufgrund plötzlichen Beweismangels, den Großteil der Anklagepunkte, wie z.B. Bildung einer kriminellen Vereinigung, fallenließ.

Dafür mußte mal wieder die These von der Einzeltäterschaft herhalten. Die Bundesanwaltschaft gab daraufhin das Verfahren an die Staatsanwaltschaft Darmstadt ab.

Im Juni hieß es, daß der Prozeß noch vor August eröffnet werden müsse, da sonst die (presserechtliche) Verjährung drohe. Kurz darauf hieß es dann, daß der Prozeß erst im Spätsommer vor dem Jugendschöffengericht in Groß-Gerau beginnen werde. Auch jetzt droht die Verjährung & uns stellt sich die Frage, ob dies nicht ein Mittel der Justiz sein wird, dieses „unliebsame" Verfahren unter den Tisch fallen zu lassen.

Für uns wird daran sichtbar, daß es Staat & Justiz gar nicht um eine öffentliche & lückenlose Aufklärung geht, sondern um eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit (mal abgesehen von der ohnehin sehr geringen Berichterstattung). Auch ist der Staat überhaupt nicht gewillt, die ihm eigentlich zur Bekämpfung faschistischer Strukturen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen.

„DER EINBLICK" & ANTI-ANTIFA

Im Laufe des Verfahrens wurde gegen 4 weitere Führungskader der Neonaziszene ermittelt. Die Ermittlungen wurden angeblich aus Mangel an Beweisen eingestellt.

Die von Staat & Justiz oft benutzte „Einzeltäter"-Erklärung soll den ganzen Komplex, der dahinter steht verschleiern. Es kann nicht nur um diese 4 Personen gehen, da „der Einblick" im Kontext der ANTI-ANTIFA steht, was im „Einblick" selbst auch deutlich hervorgehoben wird.

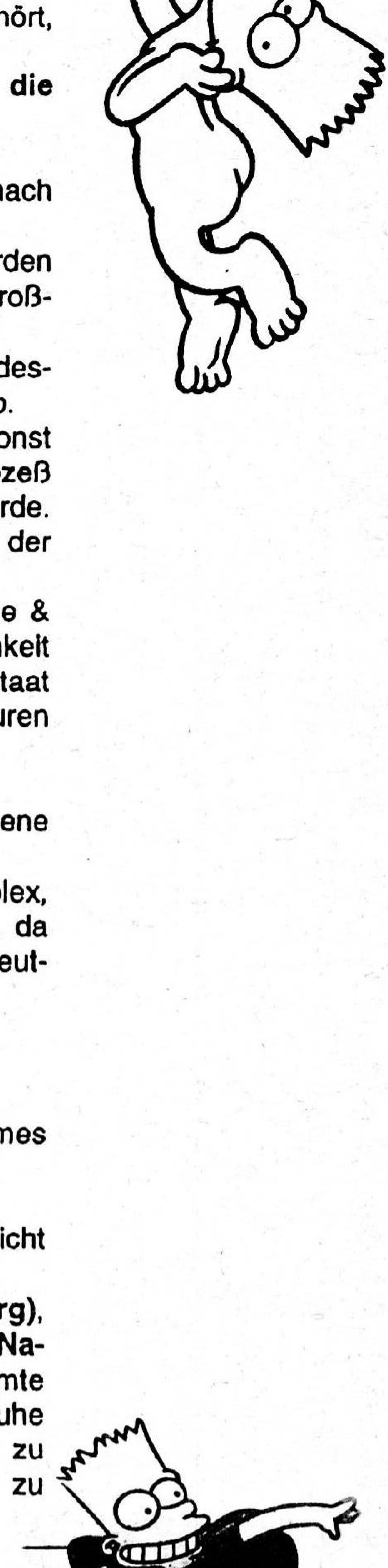
Die Anti-Antifa soll mehrere Aufgaben erfüllen:

-Die direkte Bekämpfung politischer GegnerInnen organisieren.
-Unorganisierte Anhänger zum Terror gegen AntifaschistInnen motivieren.
-Die gesamte Neonaziszene mit all ihren Unterschieden durch ein gemeinsames Feindbild einigen.
-Die Zusammenarbeit mit etablierten rechten Wahlparteien voranzutreiben.

Die direkte Bedrohung politischer GegnerInnen, Einschüchterung & Terror sind nicht neu, sondern gehören zum Wesen des Faschismus.

Führende Köpfe der Anti-Antifa, wie **Christian Worch (Nationale Liste Hamburg)**, **Michael Petri (Deutsche Nationalisten Mainz)** oder **Sascha Chaves-Ramos (Nationales Infotelefon)**, die maßgeblich am „Einblick" beteiligt waren, & die gesamte organisatorische Struktur der Anti-Antifa bleiben unangetastet & können in Ruhe „weiterarbeiten".Der Staat verurteilt sogenannte „Einzeltäter", um sein Gesicht zu wahren. Was aber dringend notwendig ist, ist die Anti-Antifa in vollem Umfang zu thematisieren & zu zerschlagen.

-ANTIFA X Groß-Gerau Kontakt: Postfach 1461 65404 Rüsselsheim
-Autonomes Aktionskomitee Darmstadt, Binger Strasse 10, 64295 Darmstadt



VOLXSPORT HH

Autonome bekennen sich zum Anschlag

„Autonome Gruppen" haben sich zum Anschlag auf das Restaurant „Mess" im Karo-Viertel bekannt (MOPO berichtete). „Wir beschenkten die Yuppi-Ärsche mit Pflastersteinen. Widerstand gegen Yuppisierung organisieren. Mess verpiss dich", hieß es in einem Brief. Kripo ermittelt.

Am 24.12.94 (Weihnachten) haben wir die Yuppie - Kneipe Mess, im Hamburger Karolienen Viertel,Turnerstr. angegriffen.

Wir beschenkten die Yuppi Ärsche mit mehreren Pflastersteinen in ihre teuren Scheiben + Leuchtreklamen.

MESS VERPISS DICH !

Den Widerstand gegen Umstrucktuierung und Yuppisierung organisieren. Bullen und Spekulanten raus aus dem Karo Viertel.

AUTONOME GRUPPEN

Heiligabend kurz nach Mitternacht: Während der Barmann Drinks mixt, Gäste einen Verdauungs-Schnaps genießen, splittert plötzlich die große Lokalscheibe vom „Mess" an der Turnerstraße. Vermummte schlagen mit Baseball-Knüppeln zu, werfen Steine. Ein Gast wird leicht verletzt. Die Täter entkommen. „Mess"-Inhaber Tobias Strauch (26): „Ein Wunder, daß nicht mehr passiert ist."

Nach seinen Angaben hatte es vor sechs Wochen bereits einen Buttersäure-Anschlag gegeben. Außerdem seien Aufkleber mit den Texten: „Jetzt gibt's Krieg" und „Fascho-Yuppies raus" an die Lokal-Front geklebt worden. Der Wirt: „Es wird scheinbar versucht, uns hier rauszuhauen. Bei den Leuten handelt es sich um eine kleine Gruppe, die sehr militant ist. Sie gibt vor, links zu sein, wendet aber faschistische Methoden an."

Strauch kann die Attacken nicht verstehen. In seinem Laden gebe es gutes Essen und feine Weine. Viele Gäste seien schwul. Den Vorwurf, er betreibe einen „Yuppie-Laden", will er nicht gelten lassen.

Tobias Strauch hat einen Türsteher engagiert. Der Mann ist mit einem Baseballschläger bewaffnet. Außerdem hat



Gastwirt Tobias Strauch (26) vo... straße. Seit neun Monaten führ...

Autonome randalierten in der Silvesternacht

Bremen. AP

Im Bremer Ostertorviertel ist es in der Silvesternacht erneut zu Ausschreitungen von Angehörigen der autonomen Szene gekommen. 200 bis 300 zum Teil vermummte Personen warfen im Anschluß an ein Straßenfest Steine, Flaschen und Feuerwerkskörper auf Polizisten. Auch wurden die Schaufensterscheiben mehrerer Geschäfte eingeworfen und Autos demoliert. Nach Angaben der Polizei wurden acht Personen im Alter von 17 bis 42 Jahren vorläufig festgenommen, sechs Beamte wurden leicht verletzt. In der Silvesternacht war es in Bremen schon früher zu autonomen Ausschreitungen gekommen. Schäden von rund 100 000 Mark verursachten Jugendliche bei Krawallen in Passau. Sie zogen in der Silvesternacht randalierend durch die Innenstadt. An mehreren Stellen wurden Schmierereien „mit politischen Motiven des linken Spektrums" festgestellt, berichtete die Polizei.

TRANSPARENTSPORT WIESBADEN

EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEGEN BIRGIT HOGEFELD

in der nacht vom 29./30.12.94 haben wir am zaun des bka in wiesbaden (händelstr.),ein transparent angebracht.darauf steht:

EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEGEN BIRGIT HOGEFELD

am 15.11.94 hat vor dem staatsschutzsenat des olg in ffm. der prozeß gegen unsere genossin birgit hogefeld begonnen.
wir sagen,daß der prozeß einem regelrechten inquisitionsprozeß gleicht.
birgit und ihren verteidigern wird eine verteidigung so gut wie unmöglich gemacht,denn ihre anträge werden abgelehnt,der baw hingegen werden regelmäßig ihren entgegnungen,behauptungen und anträgen durch den senat stattgegeben.beweise und akten werden den verteidigern vorenthalten.für baw und senat steht das urteil schon fest,sie machen daraus schon gar keinen hehl mehr:birgit soll lebenslang hinter gittern verschwinden.
das bka hat in bad kleinen aktiv dazu beigetragen,daß spuren verwischt und vernichtet wurden und die lügen in die medienlandschaft lanciert, die die bevölkerung heute als tatsachen glauben soll.
das bka hat eine schriftsachverständige an der hand,frau wagner,die, gleich einem herrn ockelmann,ein schriftgutachten als beweis für die anklage angefertigt hat.eine unterschrift für einen automietvertrag reicht einer frau wagner für die anfertigung eines repräsentativen schriftgutachtens aus.vom wissenschaftlichen standpunkt aus betrachtet, ist das ergebnis völlig unhaltbar.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN
AUS RAF,ANTIFA UND WIDERSTAND !!

antiimperialistische widerstandszelle hagazussa

schafft viele widerstandszellen !!!

HAGAZUSSA

Silvester

Jugendliche randalierten in mehreren Städten

BONN, 1. Januar (rtr). In mehreren deutschen Städten haben Jugendliche in der Silvesternacht randaliert und dabei hohen Sachschaden angerichtet. So kam es in Bremen nach Polizeiangaben wie schon in den vergangenen Jahren zu Ausschreitungen von Autonomen. Nach Mitternacht seien in mehreren Geschäften Schaufenster eingeworfen worden. Aus einer Versammlung von rund 300 teilweise vermummten Personen seien Polizisten mit Pflastersteinen beworfen worden. Später hätten die Randalierer Barrikaden errichtet und Autos angezündet. Sechs Polizisten wurden leicht verletzt. Acht Randalierer im Alter zwischen 17 und 42 Jahren seien vorläufig festgenommen worden, davon sieben wegen Landfriedensbruch.

bekennerinnenschreiben:

in der nacht vom 11.12. zum 12.12.94 haben wir in bremen unter einen mercedes der s-klasse einen brandsatz gezündet.

dieser brandanschlag hat für uns einen symbolischen wert. uns geht es nicht um sinnlose gewalt, sondern darum aufzuzeigen, daß wir unsere kritik und inhalte öffentlich machen, auch wenn diese durch das gesetz verboten und die presse verschwiegen werden. die zerstörung staatlicher und wirtschaftlicher werte und symbole bedeutet für uns notwehr.

mercedes ist ein tragendes und gefährliches gesellschaftliches symbol für weitere ausbeutung der erde (pflanzen, tiere, menschen), sexismus, rassismus, entfremdung, konsum und prestige...
als solches forciert die konzernspitze von daimler benz (neben den 40 anderen größten europäischen konzernen) im european round table of industrialists grundlegende politische entscheidungen und entwicklungen.

als größter rüstungsproduzent deutschlands befindet sich daimler benz schon seit langem unter den führenden Rüstungsexporteuren der welt und ist so (mit-)verantwortlich für das morden in somalia, kurdistan...
im 2.weltkrieg stieg daimler benz durch massiven mißbrauch von menschen zur zwangsarbeit in der waffenproduktion zum konzern auf.
er ist jetzt der größte konzern deutschlands mit einem umsatz von über 100 milliarden dm pro jahr. daimler benz gehört der deutschen bank, was eine erschreckende macht-, finanz-,und wirtschaftskonzentration bedeutet, die z.b.in dem plan zum bau der teststrecke im papenburger moor zum ausdruck kommt.

zeigt solidarität mit dem hüttendorf anatopia,
das jetzt akut räumungsbedroht ist.
verteidigt aktiv räume selbstbestimmten lebens !

bleibt ungehorsam !

Wir schließen uns dem motto an : advent advent ein daimler brennt
erst 1 dann2 dann 3 dann... (!?!?!!!)

gegen das gipfeltreffen in essen
kein europa der vaterländer, gar keine vaterländer

viel spaß zum
4. advent

d.rachenfeuer
unterstützerinnen des widerstandes gegen mercedes

PROZEß GEGEN A.LANDWEHR UND K.BRAUN

Bonner Studentenpaar

Im Januar in Instanbul vor Gericht

BR 23.12.

Bonn. Die wegen angeblicher PKK-Kurierdienste in der Türkei verhafteten Bonner Andreas Landwehr und Karen Braun kommen nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Focus" vor Gericht. Weil sie Material der Kurdischen Arbeiterpartei PKK geschmuggelt haben sollen, müßten sie sich wegen „Kollaboration mit einer separatistischen Vereinigung" ab 24. Januar vor dem Staatssicherheitsgericht Istanbul verantworten. Im Fall einer Verurteilung drohten ihnen drei bis fünf Jahre Haftstrafe.

Bei der Festnahme am 12. November sollen im Wagen der beiden jungen Bonner unter anderem PKK-Propagandafilme beschlagnahmt worden sein. Nach Aussagen von Landwehr und Braun handelte es sich dabei ihrer Überzeugung nach um Streifen mit kurdischer Folklore.

Wir denken, die beiden werden sich über Post freuen. Bedenkt aber bitte, daß der Prozeß noch nicht war und alles durch die Zensur muß. Es gibt drei Möglichkeiten:

1. Über die Konsularabteilung des Auswärtigen Amts in Bonn:
   Innerer Umsschlag A. Landwehr oder K. Braun Bayrampasa Istanbul
   Äußerer Umschlag A.A. Adenauerallee 99-103 53113 Bonn

2. Über den Konsulatsanwalt in Istanbul:
   Oguz Ugur Olca
   Salih Efendi Sok. No:9/3
   Besiktas / Istanbul
   Türkei

   hier könnt Ihr nachfragen ob der Brief auch angekommen ist unter 0090-212-236 08 11 oder 0090-212 248 43 96

3. Direkt in den Knast:
   A.Landwehr oder K.Braun
   Block E
   Bayrampasa
   Sagmacilar Ceza Evi
   Istanbul
   Türkei

Es wäre schön, wenn Ihr uns Kopien von event. Antwortbriefen zukommen lassen würdet

Der Freundeskreis ist zu erreichen über das Anti-Repressionsreferat des AStA Uni Bonn 0228/737042 von 12-14 Uhr oder über den Buchladen Le Sabot Breitestr.76 53111 Bonn. Wir sind auch dringend auf Spenden für unsere Arbeit angewiesen. Wie Ihr unten stehendem Artikel entnehmen könnt ist die finanzielle Lage in Bonn auch aus anderen Gründen recht angespannt. Spendenkonto des Freundeskreises: Jan Schulze-Husmann Sparkasse Bonn, Kto.131 033 441 Blz: 380 500 00

TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

Seminar vom 27.1. -29.1. 1995 im Landheim "Alte Schule"
15324 Wilhelmsaue/Letschin Dorfstraße 19

SELBSTVERWALTETE ÖKONOMIE, EIN WEG DER POSITIVEN GESELLSCHAFTSVERÄNDERUNG?

Anmeldung und Infos über Tel. 033083/235 (Thomas) oder schriftlich über FAU Gransee.

TeilnehmerInnengebühr: 30 DM/20 DM ermäßigt, incl. Verplegung und Übernachtung (Schlafsack mitbringen, sonst 5 DM extra). Desweiteren können wir bei Anreise mit der Bahn die Fahrkosten übernehmen. TeilnehmerInnengebühren bitte auf das FAU-Ost: Konto 4751200807
Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam
BLZ 16050000
Stichwort; Seminar überweisen.

Schriftl. Kontakt: Thomas Beckmann, Dorfstraße 13, 16775 Wolfsruh

Diskussions - und Infoveranstaltung mit Frauen von HYDRA
- einem autonomen Prostituiertenprojekt.
16. Januar, 20°° Uhr
im Frauen-Lesben-Café XB-Liebig
Liebigstr. 34

Etwas Besseres als die Nation

Klaro! Logo?

aber reicht uns das?

Info- und Diskussions-veranstaltung über:

- Wohlfahrtsausschüsse
- Linksradikale Wessis auf einer Tour gen Osten
- Die Zeitschrift „Die Beute"

Donnerstag 19.01
21°°
XBLiebig Liebigstr. 34 / F.hain

Infoveranstaltung am Freitag 13.1.95 im Café CLASH, 20 Uhr, zum

Autonomie-Kongress Ostern

SOLI-FIESTA
Sa. 14. 1.95 im PIRATUS
Kreuzigerstr. 21
(U-Samariterstr.)
ZAPATA VIVE

Die Kneipe im Wedding

CLASH

Uferstr. 13. Berlin Wedding. U 9 Nauener Platz. U 6 Pankstr. tägl. ab 18 Uhr. Do FrauenLesbenabend

Kreuzbergstr. 43
10965 Berlin

EL LOCCO

U- und S-Bahn Yorkstraße
Bus 119 + 140

Donnerstag 19.01. um 20.00 Uhr

EUropas Krisenherde

Europas Krisenherde

Info- und Diskussionsveranstaltung

Von der ETA im Baskenland bis zur IRA in Nordirland. Und jetzt im Jahre 5 nach dem Zusammenbruch des "Realen", vom Zerfall Jugoslawiens zum aktuellen Krieg in Tschetschenien. Anhand des Taschenbuches soll die Problematik der Natinalitäten-Konflikte dargestellt werden. Krieg auf dem Balkan und der Kaukasus-Länder. Und Westeuropa mit der BRD als Vorreiter (Abschaffung des § 16) setzt auf Abschottung.

Nationalitätenkonflikte vom Atlantik bis zum Ural – Ein Handbuch

Freitag 20.01. um 19.30 Uhr

LINKE OPPOSITION IN MOSKAU
ZWISCHEN STALINISMUS UND SUBKULTUR

ZWEITEILIGES DOKUMENTARVIDEO, 150 MIN., BERLIN 1994
DEUTSCH SYNCHRONISIERT
MUSIK VON MONGOL SHUUDAN U.A.

Donnerstag
26.1.
um 19°°

im El Locco, Kreuzberstr. 43,
10965 Berlin, tel. 785 99 73

U + S - Bahn Yorkstr., Bus 140 + 119

- termine - termine - termine - termine - termine - termine - termine - termine - termine - termine - termine - termine - termine -

Freitag, 13.1.95 **20.00 Uhr**	Infoveranstaltung im **CLASH** zum **Autonomie-Kongress** Ostern '95 Hier soll andiskutiert werden, ob es schon Meinungen zum "Autonomie-Kongress" und folgenden Themen gibt: Bestandsaufnahme und Kritik autonomer, linksradikaler, undogmatischer Politik - Was nun? Organisierung, Widerstand, Träume, Utopien? Wer macht eigentlich noch radikale Politik mit revolutionärem Anspruch? Revolution täglich (?) oder gar nicht?
Sonntag, 15.1.95 **21.00 Uhr**	Jim Jarmush Videofilmreihe im **CLASH**: **"Mystery Train"**
Mittwoch, 18.1.95 **21.00 Uhr**	Videofilm im **CLASH**: **"Die verlorene Ehre der Katharina Blum"**, nach dem Roman von Heinrich Böll
Freitag, 20.1.95 **20.00 Uhr**	**Guatemala-Infoveranstaltung** im **CLASH**: Guatemalas Flüchtlinge kehren zurück - Der Kampf um Land und Gerechtigkeit. Diavortrag eines Flüchtlingshelfers, in Zusammenarbeit mit dem Guatemala Komitee im LAZ.
Sonntag, 22.1.95 **21.00 Uhr**	Jim Jarmush Videofilmreihe im **CLASH**: **"Night on Earth"**
Mittwoch 25.1.95 **20.00 Uhr**	Antifaschistische Videos im **CLASH**: **"Linke Opposition in Moskau"** AktivistInnen stellen selbst ihre Projekte vor. Zweiteiliges Dokumentarvideo, 150 min, Berlin 1994
Sonntag 29.1.95 **21.00 Uhr**	Videofilm im **CLASH**: **"Terroristen"**. Spielfilm über ein fiktives auf den Oggersheimer.

die kunstundkulturundfunundactionag ist zurück!

deine leute sind besser als unsere
ihr seid mächtiger, intelligenter, schöner,
moralischer, kultivierter und sauberer.
ihr seid gut,
wir sind böse.
gott ist auf eurer seite.
unsere scheisse stinkt und ihr habt
alles erfunden.

mit revolutionärem Anspruch?

wir treffen euch am 16.1.95
um 19.00 uhr
im blauen salon.

no culture, no congress!

Häuser und Wagenburgen

Kaffeeklatsch

jeden
2. u. 4.
So im Monat
ab 15.00

Lychenerstr. 60

das
1. Mal
schon
vorbei